

Jahresrückblick 2011

Gemeinsam unterwegs – wir bewegen was!



Gemeinsam unterwegs mit Lama, Rolli und zu Fuß
im Naturpark Schwäbisch—Fränkischer Wald

Inhalt

- Jahresrückblick 2011
- Terminübersicht
- Organigramm
- Momentaufnahmen
- Pressemitteilungen
- Pressespiegel

www.lv-koerperbehinderte-bw.de
www.facebook.com/lvkmbw

„Die kleinste Bewegung ist für die ganze Natur von Bedeutung; das ganze Meer verändert sich, wenn ein Stein hineingeworfen wird.“

Blaise Pascal (1623 – 1662)

Vorwort

„20Elf zeigt sich von seiner schönsten Seite“ lautete das Motto der Fußballweltmeisterschaft der Frauen in Deutschland. Leider sind unsere Fußballfrauen vorzeitig aus dem Turnier ausgeschieden. Unser Landesverband hat in 2011 dagegen jede Chance genutzt, um für die Anliegen von Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung und ihren Familien engagiert einzutreten.

Was bleibt vom Jahr 2011 für uns alle in Erinnerung? Das Jahr war international geprägt durch den sog. „arabischen Frühling“. Ausgehend von Tunesien protestierten Menschen in den nordafrikanischen Staaten gegen autoritär herrschende Regime und für mehr Demokratie und Mitbestimmung. Am 11. März 2011 erschütterte ein Erdbeben Japan – und dessen Auswirkungen auf das Kernkraftwerk in Fukushima die ganze Welt. Die Bundesregierung beschloss den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Und Baden-Württemberg erlebte nach der Landtagswahl am 27. März 2011 einen als „historisch“ bewerteten Regierungswechsel. Am 12. Mai 2011 wurde schließlich Winfried Kretschmann zum bundesweit ersten grünen Ministerpräsidenten eines Bundeslandes gewählt. Grün-Rot löste Schwarz-Gelb ab, und das neue Motto lautet „der Wechsel beginnt.“ „Energiewende“ und „Stuttgart 21“ waren die TOP-Themen im Wahlkampf, während die Politik für

Menschen mit Behinderung – trotz aller Inklusionsdiskussionen – ein Randthema blieb. Kleine sichtbare Veränderungen gab es doch: erstmals legten alle im Landtag vertretenen Parteien Wahlprogramme in einfacher Sprache vor. Unter dem Motto „Wir haben die Wahl: nichts über uns ohne uns.“ legte der Landesverband im Vorfeld der Landtagswahl sog. Wahlprüfsteine vor. Und der zwischen Grün-Rot geschlossene Koalitionsvertrag enthält viele Impulse für eine Weiterentwicklung der Politik für Menschen mit Behinderung. Jetzt sind die Menschen mit Behinderung und ihre Familien aufgerufen, die Umsetzung der im Koalitionsvertrag verankerten Ziele zu begleiten. Unser Landesverband ist zur Mitarbeit bereit und bringt sich aktiv in Arbeitsgruppen und Expertenrunden ein.

Zum 1. Juli 2011 startete der sog. „Bundesfreiwilligendienst“. Mit dem Aussetzen der Wehrpflicht ging auch der jahrzehntelang bewährte Zivildienst zu Ende. Was dies im Einzelnen für Menschen mit Behinderung, die auf Assistenz angewiesen sind, im Alltag bedeutet, ist noch offen.

Im Jahr 2011 wurde auch „125 Jahre Erfinder des Automobils“ gefeiert. 1886 präsentierte der Badener Carl Benz sein „Velociped“ und etwa zeitgleich der Schwabe Gottlieb Daimler seine Motorkutsche. Mobil zu sein ist heute „normal“ - allerdings für Menschen mit schweren Behinderungen und hohem Assistenzbedarf noch immer mit hohen Hürden verbunden. Hoffen wir also, dass wir mit der UN-Behindertenrechtskonvention im Rücken und dem erklärten Willen der neuen Landesregierung, die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gemeinschaft zu verbessern, spürbare Fortschritte erzielen. Wir helfen gerne!

„Wir bewegen was!“ Im Jahr 2011 entstand im „Jahr des Automobils“ unsere neue Internetpräsenz mit vielen Tourtipps für das Wandern mit dem Rollstuhl. Möglich war dies, weil unsere Projektidee als eines von 125 geförderten Mitarbeiterprojekten der Daimler AG im Rahmen des Automobiljubiläums zählte. Als moderner und innovativer Selbsthilfeverband sind wir nun auch in den sozialen Netzwerken wie facebook mit einer eigenen Seite vertreten. Mobilität hat viele Facetten!

Unsere zweite große „Baustelle“ ist der Bereich „Bildung“. Im Mittelpunkt steht das Recht auf Bildung für alle. Menschen mit Behinderung müssen sich in die Debatte „Welche Schule ist die richtige?“ aktiv einbringen. Sie sind „Experten in eigener Sache“. Ihr Wort hat Gewicht. Selbsthilfe ist unverzichtbar – in allen Politikfeldern. Die UN-Behindertenrechtskonvention stärkt die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Und Menschen mit Behinderungen sind bereit, sich einzubringen. Erste Schritte zur Umsetzung im Land sind bereits gegangen. Der Weg ist noch weit und so gilt es, nicht locker zu lassen und weiter dran zu bleiben.

Tief bewegt und in großer Trauer mussten wir im Jahr 2011 Abschied nehmen von unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Ulrich Noll. Er starb kurz nach seinem 65. Geburtstag an den Folgen einer unheilbaren Muskelerkrankung. Noch wenige Tage vor seinem Tod hat er unsere Fachtagung „Ein Koffer voller Zahnbürsten ...“ mit Rat und Tat aktiv begleitet.

Wir danken allen, die uns 2011 tatkräftig unterstützt und begleitet haben. Wir brauchen Sie als verlässliche Wegbegleiter und Wegbereiter, als Partner und Freund. Wir zählen weiter auf Sie!

Interne Arbeit

Vorstand

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Hans Ulrich Karg (Bad Schussenried)

Stellvertretender Vorsitzender:

Dr. Ulrich Noll, MdL (Aichtal, bis 13.7.2011)

Thomas Seyfarth (Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, Mössingen - ab 19.11.2011)

Schatzmeister:

Thomas Seyfarth (Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, Mössingen – bis 19.11.2011)

Armin Bönisch (Schrozberg – ab 19.11.2011).

Beisitzer:

Armin Bönisch (Schrozberg – bis 19.11.2011); Jutta Hertneck (Stuttgart);

Christine Kühnau (Verein für Körper- und Mehrfachbehinderte Mannheim);

Marion Reick-Westphal (Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen mittlerer Oberrhein, Karlsruhe –

ab 19.11.2011); Rolf Schneider (Körperbehindertenverein Stuttgart, Stuttgart).

Im Berichtsjahr traf sich der Vorstand insgesamt zu fünf halbtägigen Vorstandssitzungen sowie zu einer ganztägigen Vorstandsklausur, um die inhaltlichen Schwerpunkte der Verbandsarbeit zu beraten und festzulegen. Der Vorstand befasste sich insbesondere mit folgenden Themen:

Bildungspolitik: die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im Bereich vorschulische Erziehung / Schule, Zukunft der Schulkindergärten, bildungspolitische Reformpläne: neue Schulform „Gemeinschaftsschule“

Barrierefreiheit: Fernbusrichtlinie, „Stuttgart 21“, Petition „Eisenbahnrecht: barrierefreier Zugang zum Bahnsteig“, Wandern mit dem Rollstuhl.

Landespolitik allgemein: Wahlprüfsteine für die Landtagswahl, Formen der Zusammenarbeit mit den neu gewählten Abgeordneten, der Landesregierung und dem Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung

Selbsthilfe stärken: Stärkung der verbandlichen Selbsthilfe, Aufgaben und Themen, Patientenselbsthilfe, Beteiligung am Wettbewerb „Kunst als Brücke“

Weitere Themen betrafen vor allem verbandsinterne Strukturen und Regularien sowie neue Räumlichkeiten für die Verbandsgeschäftsstelle. Die vom Paritätischen angekündigte Schließung des Standortes „Haußmannstraße“ wird erst in 2013 relevant; der Landesverband hat inzwischen den Grundsatzbeschluss gefasst, gemeinsam mit dem Körperbehinderten-Verein Stuttgart in das sog. „Baur-Areal“ in Stuttgart-Berg umzuziehen. Der Umzugstermin ist weiter offen.

Mitgliederversammlung

Im Berichtsjahr fand eine Mitgliederversammlung am 19. November 2011 im DPWV-Sozialzentrum in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung standen Regularien wie Jahresabschluss 2010, Haushaltsplan 2012 und Entlastung des Vorstandes sowie Nachwahlen zum Vorstand. Diese waren durch den überraschenden Tod des stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Ulrich Noll erforderlich geworden. Zum Nach-

folger wurde der bisherige Schatzmeister Thomas Seyfarth gewählt. Die Versammlung wählte den bisherigen Beisitzer Armin Bönisch zum neuen Schatzmeister. Erstmals in den Vorstand gewählt wurde Marion Reick-Westphal.

In seinem mündlichen Bericht verwies der Vorstand auf den schriftlichen Jahresrückblick 2010.

Der Vorstand legte zudem die Grundzüge des neuen „Fraccacreta-Waisen-Fonds“ fest. Der Landesverband hat im Oktober 2011 eine zweckgebundene Zuwendung erhalten mit der Auflage, dieses Geld nur für Zwecke der Förderung und Versorgung stark körperbehinderter Kinder, die Vollwaisen sind, zu verwenden.

Außerdem ging der Vorstand exemplarisch auf Veranstaltungen des laufenden Jahres wie z.B. die Tagungen zur „Zahngesundheit“ und zum „Schmerz“ ein. Im Mittelpunkt der Verbandsarbeit stand die politische Lobbyarbeit rund um die Landtagswahl im Frühjahr 2011. Mit der Präsentation „Der Wechsel beginnt. 100 Tage Grün-Rot: eine erste Zwischenbilanz aus der Sicht des Landesverbandes“ wurden die aus Sicht des Landesverbandes wichtigen Themen vorgestellt. Dazu zählen die im Koalitionsvertrag verankerten Ziele „Bessere Bildung für alle“, „Ökologische und soziale Modernisierung bringt wirtschaftliche Dynamik“, „Für eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft“, „Nachhaltiges Haushalten“, „Baden-Württemberg in guter Verfassung“ und „Weltoffenes Baden-Württemberg“.

Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt war das Thema „Persönliche Zukunftsplanung“. Den Impuls dazu gab die Jubiläumsveranstaltung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen im Mai 2009 in Berlin. Dort wurde die Konzeption erstmals einer breiten Verbandsöffentlichkeit vorgestellt. Unter Beteiligung des Bundesverbandes ist nun geplant, ein Netzwerk „Zukunftsplanung“ zu gründen. Die Karlsruher Mitgliedsorganisation Reha Südwest hatte bereits im Jahr 2010 das Thema als Jahresthema ausgewählt. Inzwischen wurde mit der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg und regionalen Selbsthilfeorganisationen eine Moderatoren-ausbildung für sog. Unterstützernetze gestartet.

Damit die Vertreter der Mitgliedsorganisationen einen Eindruck gewinnen konnten, was die Methode „Persönliche Zukunftsplanung“ für Menschen mit Behinderung bewirken kann, erzählte Jens Ehler aus Sinsheim seine persönlichen Erfahrungen. Er wurde unterstützt durch seine Mutter Ulrike Ehler. Der Bericht beeindruckte die Anwesenden sehr. Der Vorstand des Landesverbandes kündigte an, das Thema „Persönliche Zukunftsplanung“ im Jahr 2012 zu vertiefen und ein Wochenendseminar dazu anzubieten.

Auf der Tagesordnung standen auch Regularien: Der Vorstand wurde einstimmig entlastet. Der Jahresabschluss 2010 wurde festgestellt und der Haushaltsplan 2012 beschlossen. Die Mitglieder wählten satzungsgemäß einen Wirtschaftsprüfer. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft REVISIO GmbH (Sitz: Ludwigsburg) wird den Jahresabschluss 2011 prüfen.

Die Mitgliederversammlung lebt in besonderem Maße vom Erfahrungsaustausch zwischen den regionalen Mitgliedsorganisationen untereinander und mit dem Landesverband. Unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Ortsvereinen“ gibt es Raum, um Einblicke in die Arbeit der anderen zu erhalten.

„Inklusion – von Anfang an“ ist der Wunsch vieler Eltern behinderter Kinder. Nachdem viele Schulkindergärten in Trägerschaft der Mitgliedsorganisationen inklusive vorschulische Angebote seit Jahren umsetzen, öffnen sich auch die Sonderschulen bereits ab Klasse 1 für Kinder ohne Behinderung. Zum Schuljahr 2011 / 2012 hat die Dreifürstensteinschule in Mössingen (KBF) Kinder ohne Behinderung aufgenommen. Die Befürchtung, dass durch den Wegfall der Zivildienstleistenden nicht genügend Freiwillige zur Verfügung stünden, hat sich bei der KBF nicht bestätigt. Die intensive Werbung für den Bundesfreiwilligendienst war erfolgreich, so dass die Plätze besetzt werden konnten. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Inklusion wird in den Mitgliedsorganisationen vielfältig umgesetzt. Der Kreisverein Leben mit Behinderung Göppingen hat im April 2011 eine Kerzenwerkstatt an die bestehende Begegnungsstätte in Süßen angebaut. Nun können Menschen mit und ohne Behinderung in ihrer Freizeit gemeinsam Kerzen aller Art herstellen. Die (rein ehrenamtlich betreute) Kerzenwerkstatt wurde bislang bereits sehr gut angenommen.

Der Verein Lebensheimat hat in Kooperation mit Reha Südwest in Donaueschingen ein inklusives Wohnangebot geschaffen. Inmitten eines Neubaugebietes entstand ein Haus, in dem bis zu sechs Menschen mit Behinderungen so selbständig wie möglich leben können. Auf diese Weise entwickelt sich mit der Nachbarschaft – größtenteils junge Familien – zahlreiche Möglichkeiten, sich zu begegnen.

Positive Erfahrungen mit ambulant betreuten Wohngemeinschaften in der Stadtmitte sammelt auch die LWV.Eingliederungshilfe mit Sitz in Tübingen. So konnte in 2011 eine weitere barrierefreie Wohnung für eine ambulant betreute Wohngruppe im Französischen Viertel in Tübingen bezogen werden. Neben dem inklusiven Wohnen verstärkt die Organisation ihre Bemühungen, inklusive Arbeitsplätze anzubieten. Aktuell steht die Gründung einer Integrationsfirma im Bereich Catering an. Seit Jahren hat die Einrichtung positive Erfahrungen beim Betrieb der Kantinen u. a. bei der Agentur für Arbeit in Reutlingen sowie im Landratsamt Tübingen gesammelt. Dieser Weg wird nun konsequent weitergegangen.

„Wohnangebote für erwachsen gewordene Kinder“ beschäftigt die Mitgliedsfamilien im Kreis Lörrach. Im Frühjahr 2011 wurde das 10-jährige Bestehen des Wohnheimes „leben und wohnen“ gefeiert, das sich gut entwickelt.

„Wie können junge Eltern für die Selbsthilfe gewonnen werden?“ Diese Frage bewegt viele Elternvereine. Im Unterschied zu der heutigen Elterngeneration musste die „Gründergeneration“ viele Hilfen erst initiieren und aufbauen. Heute nutzen viele junge Familien das Hilfeangebot ganz selbstverständlich. Die Vereine bitten daher den

Landesverband um Unterstützung, die Selbsthilfe für junge Eltern noch attraktiver zu machen. Der Vorstand des Landesverbandes kündigte an, in 2012 die Mitgliedsorganisationen zu einer Tagung mit dem Arbeitstitel „Aufgaben der Selbsthilfe: Strukturen und Finanzierung“ einzuladen.

Arbeitskreise

Das Konzept der Arbeitskreise, die für einzelne Themenfelder initiiert wurden, hat sich bestens bewährt. Vertreter und Vertreterinnen der Ortsvereine arbeiten intensiv und engagiert an der Entwicklung fundierter Positionen zu den vielfältigen Themenbereichen. Die Arbeitskreise stehen allen Interessierten zur Mitarbeit offen.

Im Berichtsjahr gab es folgende Arbeitskreise:

AK Kindergarten

Im Arbeitskreis arbeiten pädagogische Fachkräfte aus Schulkindergärten eng zusammen. Der Arbeitskreis traf sich im Berichtsjahr drei Mal. Fester Bestandteil der Treffen ist der Erfahrungsaustausch untereinander sowie die inhaltliche Vorbereitung der alljährlichen Schulkindergartenkonferenz.

Intensiv diskutierten die Mitglieder des Arbeitskreises die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und ihre Folgen für die Schulkindergärten für Körperbehinderte. Immer mehr Familien fragen Plätze im Schulkindergarten nach. Äußerungen der neuen Kultusministerin, die Schulkindergärten abzuschaffen, verunsicherten viele Mitgliedsfamilien. Die schriftliche Nachfrage des Landesverbandes bei Kul-

tusministerin Warminski-Leitheußner schaffte nicht die gewünschte Klarheit.

Erstmals verstärkt in den Blick genommen wurde die Situation der Kleinkinder unter drei Jahren, da immer mehr junge Familien auch Krippenplätze für Kinder mit Behinderung nachfragen. Einige Schulkindergärten haben sich dieser Nachfrage geöffnet. Sie bieten inklusive Kinderkrippen in räumlicher Nähe zu den Schulkindergärten an. In 2012 wird der Arbeitskreis intensiv Anforderungen für eine qualitative Kleinkinderbetreuung beraten. Geplant ist ein Besuch im Integrativen Kinderhaus Metzingen („... gemeinsam neue Wege gehen ...“).

AK Schule

Im Arbeitskreis arbeiten Eltern und pädagogische Fachkräfte aus Schulen eng zusammen. Der Arbeitskreis traf sich im Berichtsjahr drei Mal.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung im Lichte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Engagiert begleitet der Arbeitskreis die angekündigten bildungspolitischen Reformpläne der Landesregierung, insbesondere die Einführung der Gemeinschaftsschule als neuen Schultyp.

Welche Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung erforderlich sind, stand im Mittelpunkt einer Tagung des AK Schule in Reutlingen. Der Arbeitskreis traf sich im Mai 2011, um mit Peter Hudelmaier-Mätzke von der Fakultät Sonderpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg-Reutlingen ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam wurde eine bes-

sere Verzahnung von allgemeiner Pädagogik und Sonderpädagogik gefordert. Die Eltern sorgen sich um die Qualitätssicherung und die Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen gemeinsamen Unterricht. Engagierte und gut ausgebildete Lehrer sind hierfür eine wesentliche Basis.

Das Treffen in Reutlingen wurde zugleich genutzt, um langjährige und engagierte Mitglieder des AK Schule zu verabschieden und ihnen für die Mitarbeit zu danken. Armin Bönisch (Schrozberg), Josef Cerny (Schlier), Eva Janknecht (Mannheim) und Renate Kaiser (Nürtingen) sind auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Gründe sind u.a. der inzwischen erreichte Schulabschluss der behinderten Kinder, der Eintritt in den Ruhestand oder andere familiäre Aufgabenschwerpunkte. Der AK Schule ist stets offen für neue Mitglieder mit Interesse an schulischen Themen.

Im Anschluss an die Tagung besuchten die Mitglieder des AK Schule gemeinsam die Uraufführung von „Die Bildnisse des Dorian Gray“ im Rahmen des Festivals „Kultur vom Rande“. Das gesellige Miteinander und der lockere Erfahrungsaustausch abseits der Tagesordnungen tragen viel zum Verständnis untereinander und zur guten Zusammenarbeit bei.



Zusammenarbeit mit den Mitgliedsorganisationen

Für die Weiterentwicklung seiner Arbeit ist der Landesverband auf eine enge, dialogorientierte Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen angewiesen. Da alle Mitgliedsorganisationen per e-Mail erreichbar sind, werden inzwischen fast alle Informationen ausschließlich auf elektronischem Wege übermittelt. So wird eine deutlich höhere Aktualität der Informationen erreicht. Aktuelle Informationen und Pressemitteilungen werden unmittelbar und ohne zeitliche Verzögerung weitergegeben. Wer nicht per e-Mail erreichbar ist, erhält Infos auf dem postalischen Weg.

Im Berichtsjahr haben wir nur eine Ausgabe unseres Ortsvereinsrundschreibens „lvkm-bw aktuell“ versandt. Im Mittelpunkt standen die Ankündigung des Wettbewerbes „Gesucht: barrierefreie Gemeinde in Baden-Württemberg 2012“, die Weiterentwicklung im Bereich der vorschulischen Bildung und Erziehung sowie der Hinweis auf die Argumentationshilfe zur (anteiligen) Kürzung des Pflegegeldes für Menschen mit Behinderung, die im Wohnheim leben und zeitweise zu Hause betreut werden. Ergänzt wurde das Rundschreiben um den Pressepiegel, der einen Querschnitt der Aktivitäten im Landesverband und seiner regionalen Mitgliedsorganisationen aufzeigt.

Schriftliche Informationen können den persönlichen Kontakt zwischen dem Landesverband und den Mitgliedsorganisationen nur sinnvoll ergänzen, aber nicht ersetzen. Im Berichtsjahr gab es daher viele – vor allem telefonischen – Kontakte. Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes nahmen aber im Berichtsjahr auch an Mit-

gliederversammlungen, Elternabenden und sonstigen Aktivitäten (z.B. Eröffnung neuer Wohngemeinschaften, einer Kerzenwerkstatt, Jubiläumsfeiern, der Namensgebung einer Schule) teil. Diese Vernetzung zwischen regionalen Mitgliedsorganisationen und Landesverband auf persönlicher und fachlicher Ebene stärken den Gemeinschaftssinn und damit die Selbsthilfe. Im direkten Austausch ergeben sich wichtige Impulse und Denkanstöße für die gemeinsame Arbeit im Verband.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist im ständigen Dialog mit den Mitgliedsorganisationen und vielen Mitgliedsfamilien, aber auch mit dem Landtag, der Landesregierung sowie mit vielen Verbänden und Behörden. Dies trägt mit dazu bei, dass der Landesverband als kompetente Anlauf- und Beratungsstelle geschätzt wird. Die vielfältigen Arbeitskontakte erleichtern eine effektive sozialpolitische Interessensvertretung für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung und ihrer Familien.

Viele Betroffene suchen im Internet eine Lösung ihres Problems und stoßen dabei auf das umfassende und aktuelle Informationsangebot des Landesverbandes. So entsteht ein erster Kontakt, der bei konkreten Einzelfragen vertieft wird. Rund zwei Drittel der Ratsuchenden fragen per e-Mail nach, vor allem an den Abenden und an Wochenenden.

Die meisten Anfragen von Menschen mit Behinderung und ihren Familien befassten sich mit der praktischen Umsetzung im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinde-

nung, der Kranken- und Pflegeversicherung wie die Suche nach geeigneten familienentlastenden Angeboten, ambulant betreuten Wohnformen für Menschen mit hohem Hilfebedarf, Finanzierung von Inkontinenzhilfen, Berechnung des anteiligen Pflegegeldes zu Hause (wenn das Kind mit Behinderung in einer stationären Wohneinrichtung oder im Schulinternat lebt und die Wochenenden und Ferien zu Hause verbringt), Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln, Suche nach Mutter-Kind-Kur-Einrichtungen oder anderen Reha-Kliniken, Fachärzten u. ä. Themen wie Sicherstellung des Assistenzbedarfes, Voraussetzungen für die Weitergewährung des Kindergeldes oder Barrierefreiheit ganz praktisch (Anpassung der eigenen Wohnung und deren Finanzierung; Suche nach Architekten, Handwerkern und / oder konkreten Produkten), Vollmacht und Testament.

Nach der Landtagswahl im Frühjahr 2011 nahmen die Anfragen im Bereich Kindergarten und Schule zu. Die Ankündigung der Landesregierung, die Sonderschulpflicht abzuschaffen, den zieldifferenten Unterricht weiter auszubauen und Gemeinschaftsschulen einzuführen, führte zu einem erheblichen Anstieg des Beratungsbedarfes. Viele Eltern informierten sich, ob und unter welchen Voraussetzungen ihre Kinder mit Behinderung die Regeleinrichtungen besuchen können. Andere Eltern sprachen sich für den Erhalt der Sondereinrichtungen aus und waren in Sorge, ob diese aufgelöst würden. Aus der Fülle und der Vielfalt der Anfragen wurde deutlich, dass die Anforderungen und Erwartungen der Eltern sehr unterschiedlich sind. Ein wesentlicher Faktor ist dabei auch der individuelle Hilfebedarf des Kindes.

Die Sicherstellung der Mobilität ist für viele Familien ein großes Problem.

Sehr häufig wird gefragt, ob und ggf. wer z.B. die Anschaffung eines Familienautos finanziell unterstützt, damit das körperbehinderte Kind im Rollstuhl befördert werden kann. Leistungen nach der sog. Kraftfahrzeughilfe-Verordnung erhalten ausschließlich Menschen mit Behinderung, die erwerbstätig sind. Für viele Familien sind Familienautos (Größe, Sonderausstattung) kaum zu finanzieren. Da häufig die Alternative, barrierefrei zu nutzende Busse und Bahnen, fehlt, sind immer mehr Familien bei der Anschaffung eines Fahrzeuges auf Spenden (z.B. Weihnachtsaktionen der Tageszeitungen) angewiesen.

Verstärkt ist der Trend festzustellen, dass immer mehr Geschwister behinderter Kinder um Rat fragen. Sie entlasten zunehmend die alt gewordenen Eltern und übernehmen Verantwortung für ihre behinderten Geschwister. Vielfach geht es um die umfassenden Teilhabechancen behinderter Menschen am Leben in der Gemeinschaft wie die Suche nach geeigneten Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, Tipps zur selbständigen Freizeitgestaltung usw.

Die fachliche Begleitung von Bauprojekten in Sachen Barrierefreiheit ist ein weiterer Schwerpunkt in der Geschäftsstelle. Das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg hat bereits im Herbst 2007 Planungshinweise zum barrierefreien Bauen in einer Broschüre zusammengefasst, in der der Landesverband als Beratungsstelle für barrierefreies Wohnen benannt ist. Regelmäßig suchen Architekturbüros – aber auch Bauherren und einzelne Baurechtsbehörden - Rat bei der praktischen Umsetzung von Barrierefreiheit bei Bauplanungen kleinerer und größerer Objekte. Das Bewusstsein für barrierefreies Bauen nimmt deutlich zu. Im Berichtsjahr hat die Geschäftsstelle

zudem mehrfach Stellungnahmen im Anhörungsverfahren öffentlicher Träger bei vom Land geförderten Maßnahmen abgegeben. Diese Folge der frühzeitigen Beteiligung von Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe nach dem Bundesgleichstellungsgesetz wird vom Landesverband als Chance genutzt, die Teilhabemöglichkeiten behinderter Menschen zu verbessern.

Seit Jahren besteht eine enge Kooperation zwischen dem Landesverband und dem Deutschen Jugendherbergswerk Baden-Württemberg. So wird beispielsweise der Landesverband frühzeitig bei Bauplanungen in Sachen Barrierefreiheit einbezogen. Diese Zusammenarbeit hat sich sehr bewährt.

Neben den eher „klassischen“ Aufgaben einer Landesberatungsstelle für körper- und mehrfachbehinderte Menschen und ihre Familien wirkte die Geschäftsstelle in Person der Geschäftsführerin als Referentin bei Tagungen, Veranstaltungen und Infoabenden mit. In den Vorträgen im Berichtsjahr standen vor allem die Rechte behinderter Menschen und ihrer Familien (Nachteilsausgleiche, Persönliches Budget, Versorgung mit Hilfsmitteln, selbständig leben, wohnen und arbeiten) ebenso im Mittelpunkt wie die Frage nach dem Einsatz osteuropäischer Pflegekräfte im Haushalt.

„*Tue Gutes und rede darüber.*“ Es ist nicht einfach, Themen, die uns bewegen, in den Medien zu platzieren. Meist haben Journalisten ihre Vorstellungen vom Leben mit Behinderung, die aber nicht den tatsächlichen Alltag widerspiegeln. Daher ist es zwar eine lohnenswerte, aber mühsame Aufgabe, die Medien für unsere Themen zu begeistern. Im Berichtsjahr gab es im Bereich Hörfunk und Fernsehen drei

Berichte. Dabei ging es um barrierefreies Wohnen (ARD-Ratgeber „Recht“), Präimplantationsdiagnostik (Kirchenfernsehen, Talksendung „alpha und omega“) sowie um die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (SWR1 – Der Abend).

Der Landesverband nutzt die Möglichkeiten des web 2.0, um Themen zu platzieren. So gibt es Berichte zum Reinhören und zum Nachlesen. Auf diesem Weg kann sich die interessierte Öffentlichkeit – Mitglieder und andere – umfassend über die Arbeit des Landesverbandes informieren. In Einzelfällen stoßen Journalisten bei ihrer Recherche auf diese Berichterstattung und suchen den Kontakt zum Landesverband. Es ist unerlässlich (zugleich aber schwierig), auf Landesebene Kontakte zu Journalisten und zu Medien zu pflegen und auszubauen.

Im Berichtsjahr war das Sekretariat mit zwei Teilzeitmitarbeiterinnen (insgesamt 0,7 Vollkräfte) besetzt. Diese unterstützen die hauptamtliche Geschäftsführerin (insgesamt 1,0 Vollkraft). Die Gehaltsabrechnung als auch die Finanzbuchhaltung werden extern erledigt.

Die Vielfalt der Aufgaben und deren Komplexität steigen seit Jahren kontinuierlich. Die personellen Ressourcen sind seit 2005 unverändert. Nur durch das enge und gute Zusammenwirken zwischen der Geschäftsstelle und dem ehrenamtlichen Vorstand sowie durch Unterstützung einzelner Honorarkräfte (v. a. bei Tagungen und Seminaren) war es möglich, die Aufgaben zeitnah und kompetent zu erfüllen.

Seit 1995 hat die Geschäftsstelle ihren Sitz im Sozialzentrum des Paritätischen. Da der Paritätische den Standort in der Innenstadt aufgibt, steht ein Umzug der Geschäftsstelle des Landesverbandes an. Der Landesverband wird mit der Geschäftsstelle des Körperbehinderten-Vereins Stuttgart eine Bürogemeinschaft auf dem sog. Baur-Areal in der Nähe der Stuttgarter Mineralbäder gründen. Eine barrierefreie Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, Parkmöglichkeiten sowie Zentrumsnähe ist gegeben. Der Umzugstermin steht noch nicht fest.

Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Mitgliederzahlen zum 31.12.2011 auf einen Blick:

37 Mitgliedsorganisationen mit insgesamt 3.246 Einzelmitgliedern bzw. Familien mit behinderten Kindern (Vorjahr: 3.884) sowie 3.523 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (inkl. Zivildienstleistende, Praktikanten und FSJler). 13 Einzelpersonen (Vorjahr: 14) sowie ein Verein unterstützen mit ihrer Fördermitgliedschaft die Arbeit unseres Landesverbandes.

Im Berichtsjahr wurden folgende Organisationen als ordentliche Mitglieder durch Beschluss des Vorstandes neu aufgenommen:

am 26. Februar 2011:

LWV.Eingliederungshilfe gGmbH,
Tübingen

am 22. Juli 2011:

Stiftung Lautenbach, Herdwangen-Schönach

Die Mitgliedschaft zum Jahresende 2011 gekündigt hat die St.-Gallus-Hilfe (Meckenbeuren).

(Eltern-)Selbsthilfe ist auch vier Jahrzehnte nach der Gründung noch wichtig. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung stärkt die Rechte der Betroffenen. Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft erfordert die aktive Mitarbeit, um bestehende Barrieren abzubauen. Durch die Pionierarbeit der Eltern in den 60er und 70er Jahren sind zahlreiche Dienste und Einrichtungen entstanden, die sich weiterentwickeln müssen, um den veränderten Anforderungen gerecht zu werden. Es gilt, inklusive Angebote zu schaffen, ohne die Qualität der Förderung und Betreuung aufzugeben. In dieser Phase des Umbruchs und der Verunsicherung ist es dringend notwendig, die Interessen der Betroffenen zu bündeln, zu formulieren und in den Umgestaltungsprozess einzubringen. Menschen mit Behinderung und ihre Familien sind „Experten in eigener Sache“.

Aktuell steht die konkrete Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung an und somit der Ausbau der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderung. Im Mittelpunkt steht dabei, wie viel Unterstützung und Förderung Menschen mit Behinderung brauchen. Auf dem Prüfstand stehen daher auch die Angebote der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung. Die von der Gründergeneration des Landesverbandes erkämpften Sondereinrichtungen öffnen sich zunehmend und passen sich damit den verändernden Anforderungen an. Dieser Prozess birgt auch Unsicherheiten bei den betroffenen Familien. Dies könnte eine Motivation sein, sich in der Selbsthilfe zu engagieren, um sich einzubringen in

diesen Veränderungsprozess. Es ist und bleibt eine Aufgabe des Landesverbandes, sowohl die Eltern als auch die Menschen mit Behinderung zu stärken, ihre Interessen wahrzunehmen. Der Erfahrungsaustausch untereinander ist dabei unverzichtbar.

Finanzen



Ziel des Landesverbandes war und ist es, möglichst einen ausgeglichenen Jahresabschluss vorzulegen. Dies ist dank der Förderung und Unterstützung vieler gelungen. Im Einzelnen:

Förderung durch das Land Baden-Württemberg

Ein wichtiger Grundpfeiler für die Finanzierung der umfangreichen Beratungsarbeit in der Selbsthilfe stellt die institutionelle Förderung in Höhe von 46.000 Euro durch das Land Baden-Württemberg dar. Diese Landesförderung ist als eine sog. „Freiwilligkeitsleistung“ im Staatshaushaltsplan des Sozialministeriums verankert. Ein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht nicht. Aus der Förderung im Berichtsjahr ist für die Folgejahre nicht abzuleiten, ob und ggf. in welcher Höhe Fördermittel bereit stehen. Eine Planungssicherheit besteht somit nicht.

Förderung durch die Aktion Mensch

Aktion Mensch förderte im Berichtsjahr mit insgesamt 7.744,68 Euro die Fachtagungen „Ein Koffer voller Zahnbürsten ... Zahngesundheit bei Menschen mit Behinderung“ sowie „Schmerz und Schmerzbewältigung bei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“ Förderfähig sind insbesondere die Kosten für externe Referenten, Raummiete u. ä.

Förderung durch die Baden-Württemberg Stiftung GmbH

Im Rahmen des Programms „Förderung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung von älteren Menschen mit Behinderung“ fördert die Landesstiftung Baden-Württemberg das Projekt „Hinter dem Horizont geht's weiter – was kommt nach den Eltern?“ Im Berichtsjahr startete die Praxisphase des Projektes mit einem landesweiten Multiplikatorentreffen. Konkret umgesetzt wurden erste Schritte in Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Körperbehinderten-Verein Stuttgart e.V. Das Projekt wurde im Berichtsjahr mit 1.377,61 Euro gefördert.

Selbsthilfeförderung durch die gesetzliche Krankenversicherung

Seit 2008 gibt es mit § 20 c SGB V eine gesetzliche Grundlage zur Förderung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe. Die gesetzlichen Krankenkassen sind verpflichtet, 0,56 Euro / Versicherten für die Selbsthilfe auszugeben. Mindestens die Hälfte soll in die kassenartübergreifende Gemeinschaftsförderung fließen. Sie soll zudem wettbewerbsneutral erfolgen.

Im Berichtsjahr haben alle gesetzlichen Krankenkassen die Arbeit unseres Verbandes im Rahmen der Selbsthilfeförderung unterstützt. Damit ist die Selbsthilfeförderung eine wichtige Säule zur Finanzierung der umfangreichen Aufgaben des Landesverbandes.

Die gesetzlichen Krankenkassen haben eine Arbeitsgemeinschaft „GKV-Gemeinschaftsförderung Selbsthilfe Baden-Württemberg“ gegründet. Mitglieder der ARGE sind: AOK Baden-Württemberg, Landesverband der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg, IKK Baden-Württemberg und Hessen, Knappschaft (Verwaltungsstelle München), LKK Baden-Württemberg und vdak-Landesverband Baden-Württemberg (Ersatzkassen). Aus Mitteln der Gemeinschaftsförderung hat der Landesverband eine institutionelle Förderung in Höhe von 20.000 Euro erhalten.

Die gesetzlichen Krankenkassen können darüber hinaus einzelne Projektkassenindividuell fördern. Die BARMER GEK hat im Rahmen der Projektförderung die Erstellung des Wegweisers „Mütterkuren und Kureinrichtungen für Mütter / Väter und behinderte Kinder“ mit 1.000 Euro unterstützt. Mit 750 Euro hat die DAK die Fachtagung „Ein Koffer voller Zahnbürsten ... Zahngesundheit bei Menschen mit Behinderung“ gefördert. Der Landesverband der Betriebskrankenkassen überstützte das Projekt „Eltern helfen Eltern – Elterntreffen von Eltern körper- und mehrfachbehinderter Kinder“ mit insgesamt 1.000 Euro. Dank dieser zweckgebundenen Projektförderung konnten die für Familien mit behinderten Kindern notwendigen Projekte realisiert werden.

Selbstverpflichtung zur Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit

Der Landesverband verpflichtet sich zur Wahrung von Neutralität und Unabhängigkeit der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe zum Umgang mit Wirtschaftsunternehmen bei gleichzeitiger Förderung durch die Krankenkassen und hat eine entsprechende Erklärung unterzeichnet. Diese ist eine Voraussetzung für die Förderung durch die gesetzlichen Krankenkassen.

Bußgeld

Im Berichtsjahr gingen keine Bußgelder ein.

Spenden

Mit „Kein Verlass auf „Weiter so““ betitelt Egbert Manns seinen Leitartikel zum Thema Spenden in der „Südwestpresse“ am 21. Dezember 2011. Der Monat Dezember gilt als der Spendenmonat. In der Vorweihnachtszeit ist die Bereitschaft der Menschen am größten, mit anderen zu teilen. Untersuchungen zeigen, dass dies nicht so bleiben wird. Die Menschen, die traditionell und aus langjähriger Verbundenheit spenden, werden weniger und haben weniger Geld übrig. Diese zuverlässigen Spender sind vor allem Angestellte, Arbeiter und Rentner. Die nachwachsende Spendergeneration ist durchaus zum Geben bereit, aber sie gibt spontaner, so dass Spenden sammelnde Organisation sich weniger auf Unterstützung verlassen können.

Die Mitte März 2012 veröffentlichte Studie „Bilanz des Helfens 2012“ des GfK Panel Service Deutschland im Auftrag des Deutschen Spendenrates belegt, dass die Zahl der Spender sinkt und die Häufigkeit der Spenden steigt. Bundesweit wurden 2011 demzufolge rund 4,3 Milliarden Euro (einschl. Katastrophenhilfe) gespendet.

Das Volumen der privaten Spender liegt knapp 6 % unter dem Vorjahr. Rund ein Drittel der Deutschen im Alter von über 20 Jahren spendeten. Die ältere Generation stellt die größte Gruppe der Spender. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der Spender um 10 % auf rund 22 Millionen Menschen zurück. Die durchschnittliche Spendenhöhe liegt stabil bei etwa 29 Euro.

Die Untersuchung zeigt weiter auf, dass persönlich adressierte Werbebriefe noch immer der wichtigste Impuls für eine Spende sind. Unser Landesverband schreibt zwei Mal jährlich (im Frühsommer sowie im Dezember) einen Brief an seinen langjährigen Freundeskreis und berichtet über die aktuelle Arbeit und anstehende Projekte. Auf diese Weise können Spender sich informieren und Anteil nehmen. Unser Landesverband verfügt über einen festen Freundeskreis. Teilweise gehen die Kontakte auf die Gründerzeit des Landesverbandes zurück.

Die Spendeneinnahmen im Berichtsjahr gingen zurück und lagen bei 14.521,70 Euro (Vorjahr: 17.209,99 Euro). Es sind fast ausschließlich Einzelpersonen, die den Landesverband unterstützen. Die durchschnittliche Spendenhöhe beträgt bei den laufenden Spenden 36,67 Euro (Vorjahr: 38,50 Euro) und bei Aktionen 38,01 Euro (Vorjahr: 44,10 Euro). Für diese kontinuierliche Unterstützung sind wir sehr dankbar. Diese freiwillige Unterstützung gibt Rückhalt und zeigt, dass viele Menschen die Arbeit des Landesverbandes wertschätzen.

Im Berichtsjahr gingen zudem einmalig 5.000 Euro der Daimler AG zweckgebunden für das Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ ein sowie 5.000 Euro Weihnachtsspende der LBBW Immobilien GmbH.

Seit Dezember 2009 bietet der Landesverband die Möglichkeit an, auch via Internet zu spenden. Die Datenübertragung erfolgt verschlüsselt. Der gewünschte Betrag wird über das Bankeinzugsverfahren abgebucht. Dieser Weg wurde kaum genutzt.

Der letzte Körperschaftssteuerfreistellungsbescheid datiert vom 10. August 2009 und betrifft die Jahre 2006 bis 2008. Er wurde vom Finanzamt Stuttgart Körperschaften ausgestellt. Der Landesverband ist berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden auszustellen.

Erbschaften und Vermächnisse

Im Berichtsjahr hat der Landesverband eine zweckgebundene Zuwendung aus einem Erbe in Höhe von 26.415,55 Euro erhalten unter der Auflage, dieses Geld nur für Zwecke der Förderung und Versorgung stark körperbehinderter Kinder, die Vollwaisen sind, zu verwenden. In Absprache mit der Testamentsvollstreckerin können auch solche Kinder in Betracht kommen, deren Eltern zwar existent sind, diese jedoch aufgrund der Schwere der Behinderung voll in den Einrichtungen betreut werden und sogar dort leben. Damit möglichst viele Menschen mit Behinderung, die Waisen sind, unterstützt werden können, hat der Vorstand Vergaberichtlinien beschlossen.

Eigenmittel

Umgesetzt wurde der Vorstandsbeschluss vom Januar 2002, Entgelte für Serviceleistungen (Referententätigkeit der Geschäftsführerin) des Landesverbandes (erbracht durch die Geschäftsführerin) an Dritte zu erheben. Im Berichtsjahr wurden 1.004,10 Euro (Vorjahr: 1.470,10 Euro) eingenommen.

Die Mitgliedsbeiträge sind seit 1997 unverändert. Bei Seminaren werden moderate Teilnehmerbeiträge erhoben. Die Mietpreise für die Ferienhäuser in Spanien entsprechen der ortsüblichen Höhe. Menschen mit Behinderung werden Sonderkonditionen eingeräumt. Der Landesverband bemüht sich, seine Arbeit aus unterschiedlichen Quellen zu finanzieren, um Abhängigkeiten zu vermeiden und mögliche Schwankungen auszugleichen. Gezielt werden sämtliche eigene Finanzierungsmöglichkeiten genutzt. Dazu gehört auch die Kooperation mit anderen Organisationen bei der Durchführung von Veranstaltungen sowie die die Einwerbung von Projektmitteln.

Rechnungslegung und Revision

Die Stuttgarter Steuerberatungsgesellschaft Kruse & Partner GmbH erledigt mit Hilfe von DATEV die Buchhaltung des Landesverbandes. Die Personalbuchhaltung erfolgt durch die Firma Solvenius Personal- & Zeitwirtschaft mit Sitz in Stuttgart. Laut Satzung wird die Rechnungslegung von drei von der Mitgliederversammlung gewählten ehrenamtlichen Kassenprüfern (Joachim Haas, Uwe Herbener-Roos, Arthur Zwick) geprüft. Zusätzlich sieht die Satzung die Prüfung des Jahresabschlusses durch einen Wirtschaftsprüfer vor. Die Mitgliederversammlung beauftragte erneut die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft REVISIO GmbH mit Sitz in Ludwigsburg mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2011.



„Bienvenidos“: Urlaub für alle

In seiner Satzung verpflichtet sich der Landesverband, „Freizeitmöglichkeiten zu schaffen und geeignete Einrichtungen zu unterhalten.“

Solche geeigneten Ferieneinrichtungen unterhält der Landesverband seit den 70er Jahren in Form eines Strandbungalows sowie zweier Ferienhäuser für Familien mit behinderten Angehörigen im Club Tropicana in Roquetas de Mar / Südspanien. Die Region gilt als die Region mit dem europaweit gesündesten Klima. Die Gemeinde ist Mitunterzeichnerin der „Erklärung von Barcelona – die Stadt und die Behinderten“ und setzt sich für die Teilhabe behinderter Menschen sowie der barrierefreien Gestaltung von Gebäuden und öffentlichen Plätzen und Wegen ein. So können z.B. Rollstuhlfahrer an vielen Stellen von der befestigten Strandpromenade aus über Rampen bis an den Strand des Mittelmeeres rollen.

Spanien ist noch immer ein beliebtes Urlaubsziel der Deutschen, die sich für einen Bade-/Sonnenuurlaub entscheiden. Die klimatischen Bedingungen an der Costa d'Almeria sind gerade für Menschen mit Muskelerkrankungen ideal. Auf Wunsch kann eine deutschsprachige Assistenz (Heilerziehungspflegerin) vermittelt werden. Die Hausverwaltung obliegt einem deutschen Ehepaar, das im Club Tropicana lebt. Langzeitvermietungen in den Wintermonaten tragen erheblich zur besseren Auslastung und damit zur Wirtschaftlichkeit bei. Aus Krankheitsgründen wurden im Berichtsjahr mehrere geplante Belegungen kurzfristig storniert.

Die Belegung der Ferienhäuser auf einen Blick:

Monat	Bungalow 27	Haus 31	Haus 32
Januar	21	31	14
Februar	0	28	28
März	0	31	31
April	0	0	0
Mai	0	0	0
Juni	19	3	0
Juli	25	25	18
August	14	17	31
September	21	5	15
Oktober	14	0	12
November	30	0	0
Dezember	31	0	0
SUMME	175	140	149
(Vorjahr:)	(196)	(104)	(145)
Auslastung	47,9 %	38,4 %	40,8 %

II. Tagungen, Seminare & Veranstaltungen

„Inklusion = Utopie: Faktencheck für Baden-Württemberg vor der Landtagswahl 2011“

16. Februar 2011 in Ludwigsburg

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung formuliert unmissverständlich den Anspruch auf die selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen: Inklusion.

Der Verein Selbstbestimmt Leben im Landkreis Ludwigsburg lud die Kandidaten im Wahlkreis Ludwigsburg von CDU (Klaus Herrmann MdL), SPD (Claus Schmiedel MdL), Bündnis90 / DIE GRÜNEN (Jürgen Walter MdL), FDP/DVP (Martin Müller) sowie der Linken (Hans-Jürgen Kemmerle) zu einer Landtagswahlveranstaltung ein.

Als Vertreterin unseres Landesverbandes stellte Geschäftsführerin Jutta Pangel-Steidl die Inhalte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Leichter Sprache vor. Dr. Klaus Mück, Rollstuhlfahrer aus Karlsruhe und Vorstandsmitglied ForSeA stellte klar, dass für ihn (und andere) Assistenz ein dringend notwendiger Nachteilsausgleich ist und kein „Luxus“.

Wie wichtig die uneingeschränkte Teilhabe an der Bildung, beim Wohnen und bei der Freizeitgestaltung für die Menschen mit Behinderung ist, zeigte sich schon allein bei der großen Gästezahl. Der Vortragssaal im Staatsarchiv war bis auf den letzten Platz gefüllt – weit über 100 Personen. Von Tübingen bis Geislingen / Steige kamen die Gäste voller Erwartung nach Ludwigsburg, darunter auch viele gehörlose Menschen. Für sie war es eine der ganz, ganz seltenen Veranstaltungen zur Landtagswahl, die von Gebärdendolmetschern begleitet wurde. 2 ½ Stunden ging es darum, wie Menschen mit Behinderung im Alltag besser unterstützt werden können: wie kann der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung gelingen? Wie geht es mit den Sonderschulen weiter? Können Eltern behinderter Kinder wählen, welche Schule ihr Kind besucht? Wie können Menschen mit Behinderungen mitten in der Gemeinde leben? Wie können mehr barrierefreie Wohnungen geschaffen werden? Wie kann die uneingeschränkte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gelingen?

Nicht nur Initiator Antonio Florio, Vorsitzender des Vereins Selbstbestimmt Leben, war mit dem Verlauf der etwas anderen Wahlveranstaltung sehr zufrieden. Für viele der Zuhörer ist Inklusion die einzige Chance. Der Fakten-

check in Ludwigsburg hat sich gelohnt. Die Politiker haben sich den Fragen der Menschen mit Behinderung gestellt. Nach der Landtagswahl startete der Faktencheck in die Praxisphase.

„Wunsch Kinder: Die Technisierung der menschlichen Fortpflanzung“

20. - 22. Mai 2011 in Freiburg

„Wie weit muss ich reisen für ein Baby?“ „Akzeptieren Sie die Samenspende eines Brillenträgers?“ „Brauchen Sie ein Kind für Ihr Glück?“ „Haben Sie Ihre Fruchtbarkeitsreserve gespeichert?“ „Würden Sie ein behindertes Kind bekommen?“ „Sind die besten Eltern Liebespaare?“

Zugegeben, diese Fragen provozieren vermutlich. Wir können heute jede einzelne Phase der menschlichen Fortpflanzung technisch beeinflussen und kontrollieren. Welche Kinder wollen wir auf die Welt bringen, in welcher Familienkonstellation und in welcher Lebensphase? Ist unerfüllter Kinderwunsch ein technisch lösbares Problem? Haben wir überhaupt ein „Recht auf eigene Kinder“? Wie bewältige ich mein Schicksal? Ein Wochenende lang verwandelte sich das Theater Freiburg in einen Ort, der künstlerische Arbeit, Wissenschaft und öffentliche Debatte zusammenbrachte, um die brennenden Fragen zur Technisierung der menschlichen Fortpflanzung zu verhandeln. Ab November 2010 bereitete das Theater zusammen mit dem Institut für Ethik und Geschichte der Medizin der Universität Freiburg das sog. „Wunsch Kinderprojekt“ vor.

Als Vertreterin unseres Landesverbandes nahm Geschäftsführerin Jutta Pangel-Steidl am Diskurs „Zukunftsszena-

rien“ teil. Geprägt durch die eigene Behinderung sprach sie sich für das „Recht auf Leben“ aus und stellte klar, dass ein Leben mit Behinderung durchaus fröhlich und „ganz normal“ sein kann. Weitere Teilnehmer des Diskurses waren Prof. Dr. Johannes Huinink (Professor für Soziologie an der Universität Bremen; er beschäftigt sich u. a. mit den Themen Elternschaft, Beziehungs- und Familienentwicklung), Jürgen Kaube (Journalist der FAZ und dort zuständig für Wissenschafts- und Bildungspolitik) und Prof. Dr. Gerhard Wolff (Humangenetiker und Psychotherapeut in Freiburg). Etwa 50 Personen verfolgten interessiert den Diskurs und beteiligten sich an der knapp zweistündigen Diskussion. Das Projekt wurde von der Kulturstiftung des Bundes gefördert.

Weitere Informationen zum Projekt gibt es unter www.wunschkindprojekt.de

„Ein Koffer voller Zahnbürsten: Zahngesundheit bei Menschen mit Behinderung“

9. Juli 2011 in Stuttgart



„Damit Sie auch morgen noch kraftvoll zubeißen können.“

Mit diesem Slogan wurde viele Jahre für eine Zahnpasta geworben. Die Werbung versprach gesunde Zähne.

Gesunde Zähne sind jedoch häufig ein Problem bei Menschen mit Behinderung, denn meist steht die Behandlung bzw. Linderung der Behinderung im Vordergrund. Doch wie wichtig gesunde Zähne für die Gesundheit überhaupt sind, ist Vielen noch unbekannt.

Für viele Menschen mit Behinderung ist Zahngesundheit schwieriger zu handhaben wie für nicht behinderte Menschen. Klinische Erfahrungen und Untersuchungen zeigen, dass die Mund- und Zahngesundheit deutlich schlechter ist als sonst in der Bevölkerung. Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung zählen zur Hochrisikogruppe für Karies- und Zahnfleischerkrankungen. Umso wichtiger ist Vorsorge und Prophylaxe zur Verbesserung der Zahn- und Mundhygiene.

Der Besuch beim Zahnarzt stellt Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung, Eltern und gesetzliche Betreuer, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Behindertenhilfe sowie den behandelnden Zahnarzt und sein ganzes Team selbst vor große Herausforderungen. Wie finde ich einen Zahnarzt, dessen Praxis barrierefrei zugänglich ist und der gleichzeitig auf die Behandlung behinderter Menschen vorbereitet ist? Auf welche Weise können wir selbst die Zahngesundheit stärken? Was ist zu tun bei Parodontalerkrankung? Brauche ich eine Behandlung in Narkose? Wie sieht eine prothetische Versorgung aus?

Gesundheit ist ein Baustein zur umfassenden Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung fordert uns alle dazu auf, bestehende Hürden abzubauen, damit Menschen mit Behinderung einen umfassenden Zugang zum Gesundheits-

system haben. In Zusammenarbeit mit der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg – angeregt durch unseren stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. med. dent. Ulrich Noll – widmeten wir uns einen ganzen Tag lang der Zahngesundheit von Menschen mit Behinderung. Aus gesundheitlichen Gründen konnte er leider nicht persönlich an der Tagung teilnehmen und schickte ein schriftliches Grußwort. Darin mahnte er die umfassende Teilhabe behinderter Menschen am medizinischen Fortschritt an. Der Ulmer Zahnarzt Dr. Elmar Ludwig, Vorsitzender des Arbeitskreises Alterszahnheilkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg erläuterte die Grundlagen. Dr. Guido Elsässer, Betreuungszahnarzt der Diakonie Stetten und Referent für Behindertenzahnheilkunde der Landes Zahnärztekammer berichtete aus seinem Alltag und gab wertvolle Tipps. Rollstuhlfahrer Pierre Mayer aus Stuttgart sowie Karin Geiger aus Kohlberg, Mutter einer mehrfachbehinderten Tochter, schilderten ihre Erfahrungen. Ganz praktisch ging es am Nachmittag in den Arbeitsgruppen zu: „Wie putze ich richtig die Zähne?“ oder „Wie entnehme ich eine Prothese und wie setze ich sie wieder richtig ein?“

An der Tagung nahmen insgesamt 42 Personen teil. Die Tagung wurde finanziell unterstützt durch Aktion Mensch und DAK. Das Interesse an der Tagung war sehr groß. Der Landesverband setzt sich weiter für die Verbesserung der Mund- und Zahngesundheit behinderter Menschen ein.

„Schmerz und Schmerzbewältigung bei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“

21. September 2011 in Stuttgart

Bei Menschen mit schweren Behinderungen werden Schmerzen häufig nicht oder sehr spät wahrgenommen, fehl interpretiert, vielleicht sogar ignoriert – gerade dann, wenn die Betroffenen sich nicht ausreichend ihrem Gegenüber verständlich machen können. Sie müssen – neben den körperlichen Schmerzen, die unmittelbar in Zusammenhang mit ihrer Behinderung stehen oder aber unabhängig davon auftreten (z.B. Zahnschmerzen) – viele und oft schmerzhafte medizinische Eingriffe über sich ergehen lassen. Sehr häufig werden bei Menschen mit Behinderungen auch die psychischen Schmerzen unterschätzt, die u. a. durch Ausgrenzung, mangelnde Kommunikation oder Verständnislosigkeit ausgelöst werden. Ängste, Verzweiflung, Wut oder Resignation bestimmen dann u. U. das Lebensgefühl. Ein Teufelskreis, aus dem man ohne Hilfe kaum einen Ausweg findet.

Der Schmerz ist zuallererst ein wichtiges Alarmsignal unseres Körpers. Umso wichtiger ist es, rasch und richtig auf auftretende Schmerzen zu reagieren. Bei der Fachtagung wurde ein Grundwissen zur Vielseitigkeit des Schmerzes vermittelt.

Im Mittelpunkt der Vorträge stand daher der Umgang mit der Schmerzbewältigung aus pädagogischer (Prof. Dr. Andreas Fröhlich), theologischer (Timmo Hertneck) und medizinischer Sicht (Dr. Jörg Nirmayer). „Wenn es dem Kind gut geht, geht es der Familie gut.“ So fasste Ursula Weh ihre Erfahrungen als Mutter einer mehrfachbe-

hinderten Tochter und gelernter Kinderkrankenschwester zusammen. Ihr Bericht berührte die Teilnehmer besonders.

Tipps für die Praxis gab es in den Arbeitsgruppen am Nachmittag: Was ist in der Schmerztherapie durch Naturheilkunde möglich? Ernährung und Schmerz: gibt es einen Zusammenhang? Basale Stimulation – individuelle Möglichkeiten zur Schmerzerfassung und Schmerzbewältigung. Vorbeugen und Lindern von Schmerzen in der Physiotherapie. Schmerz und Kommunikation – Schmerzen mitteilen, aber wie? Die Tagung schloss Willi Rudolf aus Mössingen mit einer Lesung aus seiner Biografie „Geht nicht, gibt's nicht: mein steter Kampf gegen Barrieren im Kopf“. Nach seiner Geburt vor rund 60 Jahren lautete der Kommentar eines Arztes: „an so einem schäbigen Kind kann man nichts mehr machen“ und stufte das Kind als hoffnungslosen Fall ein. Willi Rudolf ließ sich nicht beirren – und blickt heute auf eine Karriere als selbständiger Unternehmer, Familienvater, Kommunalpolitiker und engagierter Vertreter in der Behindertenselbsthilfe zurück.

Die gemeinsame Fachtagung des Landesverbandes gemeinsam mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart wollte Mut machen und Wege aufzeigen, den besonderen Alltag soweit möglich schmerzfrei zu bewältigen. Eingeladen waren Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sowie Mitarbeiter aus der Behindertenhilfe. Rund 170 Personen haben an der Fachtagung teilgenommen. Aktion Mensch hat die Tagung unterstützt.



Schulkindergartenkonferenz „Diagnose Stress im Schulkindergarten? - Raus aus dem Stress mit Kollegialer Beratung und durch die Übung der Achtsamkeit (MBSR)“

4. Oktober 2011 in Stuttgart

Wer kennt das nicht? Stress am Arbeitsplatz, in der Familie, in der Freizeit. Nach einer Studie des Schweizer Gesundheitsamtes fühlen sich bis zu 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung unter Stress. Das bedeutet, dass wir alle mal mehr, mal weniger unter Druck stehen. Die Erwartungen und die Anforderungen an alle, die im Schulkindergarten für Körperbehinderte arbeiten, steigen stetig. Umso wichtiger ist es sowohl für Führungskräfte als auch für das gesamte Team, wirkungsvolle Wege raus aus dem Stress zu suchen. Wie können wir Warnsignale rechtzeitig erkennen, versteckte Potenziale entdecken und den Stress bewältigen?

Wie können wir durch die Übung der Achtsamkeit (MBSR) unsere bisherigen Stressreaktionen und Verhaltensweisen ändern? Wie kann uns Kollegiale Beratung helfen, Probleme zu lösen oder erst gar nicht entstehen zu lassen? Wie können wir unsere Leistungsfähigkeit auch im Dauerstress nachhaltig erhalten und gesund bleiben?

Ganz bewusst stand der Umgang mit Stress im Mittelpunkt der Schulkindergartenkonferenz. Mit Supervisorin Brigitte Heidebrecht aus Ludwigsburg und der Stuttgarter MBSR-Trainerin Susanne Breuninger-Ballreich hatte der Landesverband zwei erfahrene Referentinnen gewonnen, die Theorie und Praxis verständlich vermitteln konnten. An der Schulkindergartenkonferenz

haben rund 40 Personen aus ganz Baden-Württemberg teilgenommen.

„Kunst als Brücke“ landesweiter Kunstpreis für Menschen mit Behinderungen 2011



Kreativ sein heißt, Grenzen erkennen und sie überwinden. Eins sein mit sich und der Schöpfung. Menschen mit und ohne Behinderung gewinnen hieraus Kraft für ihren Lebensalltag. Sie erleben Mühe, aber auch Glück und Befriedigung.

Nach knapp zehnjähriger Pause hat „das kulturelle Netzwerk blaues haus e.V.“ in Böblingen mit dem (ehemaligen) Landtagsabgeordneten Stephan Braun die Initiative ergriffen, erneut einen landesweiten Kunstpreis für Menschen mit Behinderungen auszuloben. Der Kunstpreis will Menschen mit Behinderungen ermutigen, mit ihrem kreativen Schaffen an die Öffentlichkeit zu treten. Dies ermöglicht Kontakte vielfältiger Art und zeigt, dass Menschen mit Behinderungen selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind. Als Kooperationspartner haben Caritas, Diakonie, der Landesverband Lebenshilfe sowie der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung den Wettbewerb tatkräftig unterstützt. Die Schirmherrschaft hat

Dr. Friedhelm Repnik, Geschäftsführer von Toto-Lotto Baden-Württemberg, übernommen.

Über 150 Einsendungen aus ganz Baden-Württemberg gingen beim „blauen Haus“ ein und wurden von einer Fachjury gesichtet. Allein die Kunst zählte bei der Prämierung. Am 3. Dezember 2011, dem Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, wurde im Stuttgarter Rathaus der Preis verliehen. Die beiden ersten Preise gingen an Deniz Araz (17 Jahre) und Angelika Conrad (53 Jahre), die in der Kreativen Werkstatt der Diakonie Stetten aktiv sind. Es ist geplant, die eingereichten Kunstwerke im Rahmen einer Wanderausstellung landesweit zu zeigen. Im April 2012 waren die Werke vier Wochen lang im Stuttgarter Rathaus zu sehen.

„Eltern helfen Eltern“

Elterntreffen von körper- und mehrfachbehinderten Kindern

Elternselbsthilfe lebt vom Mitmachen. Unser Landesverband bietet Elternbeiräten an Schulen für Körperbehinderte ein Forum, sich zum Erfahrungsaustausch zu treffen. Es sind vor allem Mütter, die an den Treffen teilnehmen. Inzwischen entstand ein loses Netzwerk, in dem sich einzelne Mütter auch außerhalb der Treffen in Stuttgart austauschen.

Im Berichtsjahr 2011 trafen sich Elternbeiräte drei Mal ganztägig. Zusätzlich gab es sieben halbtägige Treffen mit den Schwerpunkten „vorschulische Bildung und Erziehung“ und „Schule“. Schwerpunktthemen waren:

Umsetzung des Artikels 24 („Bildung“) der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung im vorschulischen und schulischen Bereich. Die Verunsicherung der Eltern und ihrer Kinder mit schwerer Behinderung ist groß. Ihre Sorge ist, dass Kinder mit hohem Hilfebedarf in den allgemeinen Kindertagesstätten und Schulen „untergehen“, ihre besonderen Bedürfnisse nicht oder zu wenig berücksichtigt werden. Da sich die Betroffenen mehr Teilhabe (Inklusion) wünschen, fordern sie die Anpassung der Rahmenbedingungen an die Bedürfnisse ihrer Kinder (und nicht umgekehrt).

Schülerbeförderung: Da die Kinder mit Behinderung oft bis zu zwei Stunden täglich unterwegs sind, beschäftigen sich die Eltern intensiv mit der Qualität der Schülerbeförderung. Dazu zählen Fragen zur Beförderung („wie sitzt das Kind richtig?“ „wer trägt es in das Fahrzeug und sichert es dort?“). Im Laufe der Diskussion entstand die Idee, eine Checkliste zur Schülerbeförderung zu erarbeiten.

Weitere Themen waren die gesundheitliche Versorgung, die Einbeziehung der Geschwisterkinder, die Umsetzung des Persönlichen Budgets. Die Elternbeiräte gaben zudem den Impuls für den Wegweiser „Mütterkuren und Kur-Einrichtungen für Mütter/Väter und behinderte Kinder“. Der Landesverband der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg (BKK) unterstützte die Elterntreffen im Rahmen der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe.

Heimsonderschulkonferenzen

Ziel der Heimsonderschulkonferenzen ist, den Erfahrungsaustausch zwischen den privaten Heimsonderschulen zu intensivieren – unabhängig von der Trägerschaft. Im Berichtsjahr hat der Landesverband zu zwei Treffen eingeladen. Etwa 15 bis 20 Personen nehmen durchschnittlich an den Treffen in Stuttgart teil.

Im Mittelpunkt standen dabei die aktuellen Entwicklungen in der Sonderpädagogik im Lichte der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen wie z.B. die Schulversuche zur Inklusion in den fünf Modellregionen, die künftige Verortung der Sonderschullehrer und die Weiterentwicklung der bestehenden Sonderschulen zu sog. „Bildungs- und Kompetenzzentren“. Ebenso beraten wurden u. a. die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie die Schaffung des Schultyps „Gemeinschaftsschule“. Der kollegiale Austausch der Vertreter der privaten Heimsonderschulen und der Schulverwaltung haben sich bewährt. Weitere Themen waren die Verfahren zur Aufnahme der Schüler in den Heimsonderschulen sowie die Finanzierung der umfangreichen Angebote der Heimsonderschulen.

Da zum Schuljahr 2010 / 2011 der Sprecher der LAG der privaten Heimsonderschulen, Klaus Förster (Schulleiter der Stephen-Hawking-Schule Neckargmünd) in den Ruhestand ging, stand im Juli 2011 die Neuwahl des Sprechers an. Gewählt wurde einstimmig Volker Grab (Schulleiter der Konrad-Biesalski-Schule Wört). Stellvertretende Sprecherin ist weiterhin Ulrike Bauer-Murr (Stiftung Nikolauspflege Stuttgart).

Wohnstättenkonferenzen

Ziel der Wohnstättenkonferenzen ist der Erfahrungsaustausch zwischen den Einrichtungsträgern von Wohnstätten für körper- und mehrfachbehinderte Menschen zu intensivieren – unabhängig von der Trägerschaft. Im Berichtsjahr hat der Landesverband zu zwei Treffen eingeladen: am 13. April 2011 (St.-Gallus-Hilfe, Meckenbeuren) und am 12. Oktober 2011 (Neurologisches Fachkrankenhaus - Kinderklinik Schömburg). Etwa 15 Vertreter von Wohnstätten nehmen durchschnittlich an den Wohnstättenkonferenzen teil.

Im Herbst stand der Erfahrungsaustausch zur ärztlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt. Impulsvorträge von Dr. Friedhelm Lindmayer (Karlsruhe) und PD Dr. Gerhard Niermann (Schömburg) bildeten die Grundlage für eine intensive Diskussion, an der als Gast auch Dr. Birgit Berg, Landesärztin für Menschen mit Behinderung (Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg) teilnahm. Schwierigkeiten gibt es teilweise bei der fachärztlichen Versorgung sowie bei der Aufnahme von erwachsenen Menschen mit hohem Hilfebedarf in Kliniken. Der Landesverband wird die Umsetzung des Rechts auf gesundheitliche Versorgung aufgreifen.

Bei der Tagung im Frühjahr standen (erneut) die Inkontinenzversorgung sowie die Umsetzung des Heimgesetzes und des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes im Mittelpunkt. Nicht zu kurz kommen bei den Treffen der Erfahrungsaustausch untereinander sowie das Kennenlernen der jeweiligen Einrichtung.

III. Publikationen & Öffentlichkeitsarbeit

Einblicke ...

... Der Landesverband stellt sich vor



„Glück kann man teilen. Sorgen auch.“ In Gemeinschaft mit anderen kann man vieles bewegen. Deshalb haben sich Eltern 1966 im Landesverband zusammenschlossen, um gemeinsam für ihre Kinder mit Behinderung zu kämpfen - Hilfe zur Selbsthilfe.

schen mit Behinderung. „Jeder verlorene Zahn ist eine Niederlage“, stellte Zahnarzt Dr. Guido Elsässer bei der Tagung fest. Die Teilnehmer erlebten einen spannenden Fachtag – und im „rolli-aktiv“ lebte er nochmals auf.

Ein Koffer voller Zahnbürsten ... Gesund beginnt im Mund!

Stuttgart „Jeder verlorene Zahn ist eine Niederlage“, machte Zahnarzt Dr. Guido Elsässer bei der Tagung unseres Landesverbandes in Stuttgart klar.

Zähne putzen, aber richtig! – Nie vom vorne putzen!

Einen ganzen Tag stand die Zahngesundheit von Menschen mit Behinderungen im Mittelpunkt. Karles und Zahnärztliche Zahnkassen werden von Bakterien verursacht. Sie bilden auf der Oberfläche von Zähnen und Prothesen einen schleimigen, klebrigen und oft schlecht riechenden Belag (Plaque). Deshalb heißt das obere Gebiss: Zähne putzen – aber richtig! Der Ulmer Zahnarzt Dr. Elmar Ludwig, Vorsitzender des Arbeitskreises Alterszahnkunde und Behindertenbehandlung der Landes Zahnärztekammer Baden-Württemberg, bringt gleich zu Beginn mit einem Vorwort auf „Karles ist nicht einfach“ zu sprechen. „Für den Zahnarzt gibt es nur eins: „Wieg mit dem Zahnbremsen!“

Zahnbleib lässt sich nur mechanisch entfernen“, ergänzt Dr. Guido Elsässer aus Kernen im Remstal. Er ist Zahnärztin Zahnarzt der Diakonie Stetten und Helfert für Behindertenbetreuung der Landes Zahnärztekammer. „Die Zahnbremsen in 45 Grad Winkel anzusetzen, heißt, keine röhrenförmigen oder kreisförmigen Bewegungen, Zahn für Zahn, neben versessen – und die Zahnbremsen mit Zahnpaste säubern.“ Er empfiehlt, das Zahnpulver in den Tagesglastrau einzubringen.

Hans-Ulrich Ludwig, Vorstand

Im Berichtsjahr hat der Landesverband sein Faltblatt, in dem er sich, seine Mitglieder und die vielfältigen Aufgaben vorstellt, aktualisiert und neu gedruckt. Kurz und knapp stellt der Landesverband sich und seine Arbeit vor.

Infomagazin „rolli-aktiv“

Seit 1998 gibt der Landesverband zwei Mal jährlich kostenlos das Infomagazin „rolli-aktiv“ heraus. Es richtet sich an Mitglieder, Freunde und Förderer, Einrichtungen für Menschen mit Körper und Mehrfachbehinderung sowie Verantwortliche in Politik und Verwaltung.

Gesund beginnt im Mund!

Ausführlich berichteten wir in der Sommerausgabe Nr. 28 über die Tagung zur Zahngesundheit bei Men-

Bildungsreform darf nicht ausgrenzen

Die vom Kultusministerium nach der Sommerpause 2011 veröffentlichten Eckpunkte für eine neue Gemeinschaftsschule haben viele Eltern von Kindern mit schweren Behinderungen verunsichert. In unserer Winterausgabe Nr. 29 berichteten wir über die Erwartungen der Mitglieder an die geplante Bildungsreform. „Alle inklusive“ bedeutet, dass kein Kind ausgeschlossen werden darf und die Chance zur Teilhabe haben muss.

„Freie Fahrt für Fabian“, „WickelDinger: Was alles möglich ist ...!“ - In den beiden Ausgaben von „rolli-aktiv“ stellten wir Vereinsmitglieder aus Mannheim und Schrozberg vor. Wir befragten den neuen Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Gerd Weimer, nach

seinen Zielen. Mit einem Nachruf dankten wir unserem verstorbenen stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Ulrich Noll für sein Wirken im und für den Landesverband. Wir berichteten über die Ablehnung unserer Petition zum barrierefreien Zugang zum Bahnsteig sowie über unsere Tagung „Schmerz“. Kurz und knapp informierten wir über Aktuelles aus dem Landesverband und seiner Mitgliedsorganisationen, luden zu Veranstaltungen ein und gaben Tipps zum Weiterlesen.

Wegweiser „Mütterkuren und Kureinrichtungen für Mütter / Väter und behinderte Kinder“ (Stand: März 2011)



Familien leisten den weitaus größten Teil der notwendigen Förderung und Betreuung behinderter Kinder. Doch der Alltag stellt die Familien vor ganz besondere Herausforderungen. Auf den Schultern der Eltern liegt sehr viel Verantwortung. Sie kann einen an die eigenen persönlichen Grenzen bringen. Eltern-Kind-Kuren bieten Hilfe und Entlastung.

Bereits 2009 gaben uns Mütter und Väter behinderter Kinder den Impuls, einen Wegweiser über die Kureinrichtungen zu erstellen, die für Familien mit behinderten Kindern geeignet sind.

Es folgte eine mühevollere Recherchearbeit. Nachdem der Wegweiser zunächst nur als download zur Verfügung stand, konnte er dank der Unterstützung durch die BARMER-GEK im Rahmen der gesundheitlichen Selbsthilfeförderung auch gedruckt werden. Im Berichtsjahr wurde der 28-seitige Wegweiser, der neben einem umfassenden Einrichtungsverzeichnis auch Tipps zur Finanzierung der Eltern-Kind-Kuren gibt, in einer Auflage von 2.500 Stück gedruckt.

Zahlreiche Familien, aber auch Kinderärzte, Frühförderstellen und weitere Beratungsstellen aus dem gesamten Bundesgebiet fordern den Wegweiser an. Er ist kostenlos in der Geschäftsstelle erhältlich und wird gegen Rückporto versandt. Die Resonanz ist durchweg sehr positiv – und der Wegweiser bundesweit einzigartig.

Newsletter

Über die Internetseite des Landesverbandes kann der lvkm-newsletter bezw. abbestellt werden. Er erscheint jeden Freitag. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 45 Ausgaben versandt. 2011 hat sich die Zahl der (direkten) Abonnenten von 725 auf 808 erhöht. Viele Abonnenten leiten den lvkm-newsletter an interne Verteiler (z.B. Kollegen / Mitarbeiter der Einrichtungen und Behörden, Elternvertreter an Schulen, Vereinsmitglieder) weiter. Der lvkm-newsletter richtet sich an Menschen mit Behinderung und deren Familien, Verantwortliche in Mitgliedsorganisationen, Partner in Politik, Verwaltung und Verbänden. Die Beliebtheit des lvkm-newsletter steigt kontinuierlich – in und außerhalb Baden-Württembergs.

Ungewöhnlich für einen newsletter ist die Tatsache, dass sehr viele Leser direkt antworten, Themen vorschlagen, sich für die Tipps bedanken oder die Informationen kommentieren. Die Rückmeldungen zeigen die hohe Wertschätzung, die der lvkm-newsletter genießt. So schrieb ein Leser „erst mit Ihrem Newsletter wird das Wochenende richtig schön!“

Der lvkm-newsletter hat eine klare Gliederung. Nach einem aktuellen, humorvollen oder auch nachdenklichen Einstieg folgen max. fünf Themenabsätze rund um das Leben mit Behinderung. Das jeweilige Thema wird in wenigen Sätzen erläutert. Zum Vertiefen finden sich entsprechende Links. Der lvkm-newsletter will informieren und Mut machen, das Leben mit Behinderung anzunehmen.

Ausführlich berichteten wir über die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und über Inklusion in allen Bereichen der Gesellschaft. Weitere Themen waren die Landtagswahl und die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des Landesverbandes, Barrierefreiheit, Pflegeversicherung, Steuertipps (rund um das Kindergeld) sowie aktuelle Urteile rund um das Leben mit Behinderung. Wir gaben Bücher-, Kino-, Radio-, Fernseh- und Veranstaltungstipps. Die bunte Mischung der Themen sorgt dafür, dass alle Leser im Laufe des Jahres interessante Informationen erhalten, die sie für ihren Alltag verwenden können. Manche Mitgliedsorganisationen geben die Hinweise in ihren internen Publikationen oder auf deren Internetseite weiter. Darüber freuen wir uns sehr.

LVKM BW in Rundfunk & TV

Im Berichtsjahr war der Landesverband mehrfach auch in Rundfunk & TV präsent. SWR 1 Baden-Württemberg widmete im Frühjahr 2011 die 30-minütige Sendung „**SWR 1 – Der Abend**“ zwischen 19.30 und 20.00 Uhr dem Thema „Inklusion“. Vorgestellt wurden u. a. ein körperbehinderter Schüler, der inzwischen von der Sonderschule in die Regelschule gewechselt ist, das Engagement örtlicher Beauftragter für Menschen mit Behinderung sowie Geschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl als Vertreterin der Behindertenselbsthilfe auf Landesebene.

„**Barrierefreies Wohnen – was heißt das genau?**“ lautete am 15. Januar 2011 der Beitrag in der ARD-Ratgeberreihe „Recht“. Als „Expertinnen in eigener Sache“ waren Silvia Siebel aus Au, Rollstuhlfahrerin und Vorsitzende des Vereins für körper- und mehrfachbehinderte Menschen mittlerer Oberrhein (Karlsruhe), sowie Landesverbandsgeschäftsführerin Jutta Pagel-Steidl vor Ort. Sie unterzogen die sog. barrierefreie Eigentumswohnung einer älteren Dame in einem Neubau in der Karlsruher Innenstadt einem „Barrierecheck“. In der Wohnung stießen sie auf einen unüberwindbaren Absatz von rund 35 cm zwischen Wohnzimmer und Balkon. Die Sendung, die erstmals ARD-Rechtsexperte Dr. Frank Bräutigam moderierte, zählte im Berichtsjahr zu den am meisten eingeschalteten ARD-Ratgebersendungen. Im Anschluss an die Sendung gab es noch einige Nachfragen interessierter Bürger zum barrierefreien Wohnen.

„Streit um Embryonenschutz – Die Präimplantationsdiagnostik (PID)“

Gentests an Embryos: die so genannte Präimplantationsdiagnostik (PID) ist seit Juli 2010 in Deutschland erlaubt und zugleich heftig umstritten. Die Einschätzungen in Politik, Kirche und Gesellschaft weichen stark voneinander ab. Was es mit der Methode auf sich hat, wem sie hilft und was sie so umstritten macht, stand im April 2011 im Mittelpunkt der Talksendung „Alpha & Omega – Kirche im Gespräch“. Während der Humangenetiker Dr. Helmut Heilbronner und die Gynäkologin Dr. Margareta Schlipf sich für die PID aussprachen, lehnten Dr. Christel Hausding, Präsidentin der Evangelischen Württembergischen Landessynode, sowie Jutta Pagel-Steidl als Vertreterin der Behindertenselbsthilfe die PID ab. Unter www.kirchenfernsehen.de ist die 30-minütige Sendung im Internet abrufbar.

LVKM zum Anklicken

Laut ARD-ZDF-Online-Studie 2011 sind mittlerweile 73,3 % der Bevölkerung online. Die Zahl der Internetnutzer ab 14 Jahre liegt bei 51,7 Mio. – Tendenz weiter steigend. Mindestens einmal wöchentlich wird das Internet genutzt. Rund 43 % suchen dabei zielgerichtet bestimmte Informationen. Unser Landesverband stellt sich darauf ein und baut kontinuierlich sein Informationsangebot im Internet aus.

Laut ARD-ZDF-Online-Studie 2011 haben bundesweit rund 43 % der Internetnutzer ein eigenes Profil in einem sozialen Netzwerk wie z.B. facebook. Rund ein Drittel nutzen regelmäßig, d.h. mindestens wöchentlich, diese Netzwerke. In einem ersten Schritt hat der Landesverband in facebook ein

eigenes Profil für die Themenseite „Wandern mit dem Rollstuhl“ angelegt.

www.lv-koerperbehinderte-bw.de

Immer mehr Betroffene nehmen über das Internet den Kontakt zum Landesverband auf. Durchschnittlich wurden monatlich 12.907 Seitenabrufe (Vorjahr: 11.279) registriert, im Berichtsjahr insgesamt 154.886 Seitenabrufe (Vorjahr: 135.348). Dies entspricht einer täglichen Besucherzahl von durchschnittlich 424 (Vorjahr: 370). Im Berichtsjahr 2011 wurden insgesamt 71.204 Session (Vorjahr: 72.073) gezählt. Im Monat 6.473 (Vorjahr: 6.552) und am Tag 195 (Vorjahr: 197).

Diese enorme Nachfrage hat zur Folge, dass die Seite ständig aktualisiert und überarbeitet werden muss. Dies erwarten Internetnutzer ganz selbstverständlich. Die Internetseite ist über alle gängigen Suchmaschinen leicht zu finden, da sie auch viele Verknüpfungen zu anderen Seiten bietet.

Die Internetseite ist übersichtlich gegliedert und enthält viele Informationen zum Leben mit Behinderung. Über die Navigationsleiste werden die Besucher direkt zu den einzelnen Rubriken geführt: Themen, Zum Reinhören, Leben ohne Barrieren, Recht und Politik, Mitgliedsorganisationen, Landesverband,

Publikationen, download, Termine, Links, Ferienhäuser, Online-Spende, Kontakt & Impressum. An exponierter Stelle finden sich zudem Links zu den Dachverbänden (Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen, LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg, Paritätischer) sowie zu den gemeinsamen Servicestellen, zu den gesetzlichen Krankenkassen, zum Behördenwegweiser Baden-Württemberg, zu den Projektseiten www.kochen-kann-ich-auch.de und www.rollstuhlwandern-in-bw.de.

Zu den Ferienhäusern in Roquetas de Mar sowie zu www.swef-radioportal.de. Alle Internetangebote des Landesverbandes sind den Internetnutzern kostenlos zugänglich. Es gibt keinen internen „Mitglieder-Bereich“.

Beliebt sind neben den aktuellen Ratgebern auch die Audiobeiträge zum Reinhören. Diese lebendige Form der Informationsvermittlung ergänzt auf ideale Weise die vielen schriftlichen Informationen. Im Berichtsjahr wurden die Beiträge der beiden Fachtagungen „Zahngesundheit“ und „Schmerz“ transkribiert, damit auch gehörlose Menschen die Inhalte dieser Tagungen nachlesen können.

www.kochen-kann-ich-auch.de



Die Internetseite informiert über das – inzwischen abgeschlossene – Projekt „Auf eigenen Füßen stehen“. Die Rezepte stehen zum download zur Verfüg-

ung. Seit Dezember 2009 besuchten 22.567 Internetnutzer die Seite.

www.rollstuhlwandern-in-bw.de



Im Berichtsjahr neu entstanden ist die Seite www.rollstuhlwandern-in-bw.de mit vielen Tourentipps für Wanderungen mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg. Als Grundlage dienten die rund 100 Wandervorschläge, die in in den Broschüren „Wandern mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg“ (2001) und „Landauf – landab: Wandern mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg“ (2003) bereits veröffentlicht waren.

Mit Unterstützung der Daimler AG konnte das Projekt realisiert werden. Die Touren sind in Schwierigkeitsgrade eingeteilt, nach Landkreisen und touristischen Regionen zugeordnet. Eine umfangreiche Suchfunktion erleichtert die Suche nach der Tour. Außerdem sind die Besucher der Internetseite aufgerufen, selbst ihren Tourentipp einzureichen. Seit dem Start der Seite im Dezember 2011 wurden innerhalb von sechs Monaten bereits 7.325 Besucher gezählt.

Parallel dazu entstand ein eigenes Profil auf facebook. Dort lädt der Landesverband ein, Tourentipps zu kommentieren, eigene Erfahrungen mitzuteilen und mit anderen Nutzern in Kontakt zu treten. Um die Vorgaben des Datenschutzes zu erfüllen, ist die face-

bookseite für alle Internetnutzer sichtbar, aber nur diejenigen, die ein eigenes Profil auf facebook haben – also dort selbst angemeldet sind – können die Seite interaktiv nutzen.



www.swef-radioportal.de



SWEF ist das erste Spartenradio im Internet für soziale und soziokulturelle Themen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg bietet seinen Mitgliedsorganisationen eine neue Medienplattform. Sie können bei SWEF ihre soziale Arbeit, ihr Engagement und ihr Dienstleistungsangebot vorstellen, z.B. im Kanal „Leben mit Behinderung“. Die Internetseite von SWEF ist barrierefrei gestaltet. Unser Landesverband nutzt von Anfang an diese zusätzliche Plattform, um Themen und Anliegen zu platzieren.

IV. Inhaltliche Schwerpunkte

Teilhabe und Selbstbestimmung Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Alltag

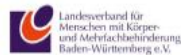
Seit 26. März 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-BRK) in Deutschland in Kraft. Es hat den Rang eines einfachen Bundesgesetzes. Im Kern geht es darum, Behinderung als Teil der Vielfalt menschlichen Lebens zu betrachten. Entscheidungen müssen sich daran messen lassen, wie sie sich im Alltag auf Menschen mit Behinderung auswirken („disability mainstreaming“). Die Leitlinien heißen dabei volle und uneingeschränkte Teilhabe (= Inklusion), Nicht-Diskriminierung und Zugänglichkeit (im Sinne einer umfassenden Barrierefreiheit).

Unser Landesverband hat seine inhaltliche Arbeit konsequent an den Zielen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ausgerichtet. Im Einzelnen:

2011 - Wir haben die Wahl: „nichts über uns ohne uns“

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl
Die umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen steht im Mittelpunkt der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Bei Veranstaltungen zur Landtagswahl oder auch in der Berichterstattung in den Medien steht die Politik für Menschen mit Behinderung (noch) nicht im

Mittelpunkt. Daher hat der Vorstand unseres Landesverbandes beschlossen, Wahlprüfsteine zu den Themen zu formulieren, die die Mitgliedsfamilien bewegen. Gefragt wurden die im Landtag von Baden-Württemberg vertretenen Parteien. Die Antworten der Parteien wurden in der Reihenfolge des Posteingangs aufgelistet.



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011

Wir haben die Wahl: „nichts über uns ohne uns“



Wir fragen – die im Landtag vertretenen Parteien antworten

Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung
Baden-Württemberg e.V.
Haußmannstraße 6
70188 Stuttgart
Telefon 0711 – 2155 – 220
Telefax 0711 – 2155 – 222
e-mail: info@lv-koerperbehinderte-bw.de
Internet: www.lv-koerperbehinderte-bw.de

März 2011

Der umfangreiche Fragenkatalog umfasste folgende Themenfelder:

„Nichts über uns ohne uns!“

Wir fragten nach der konkreten Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg.

„Familie ist Zukunft!“ - Kinderland Baden-Württemberg

Im Sommer 2010 legten das Land und das Statistische Landesamt gemeinsam den 180 Seiten starken Bericht „Trends und Fakten 2010 – Kinderland Baden-Württemberg“ vor. Die Studie

liefert Daten und Fakten zur Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien. Allerdings wurde die besondere Lebenssituation von Familien mit behinderten Kindern und Jugendlichen nicht in den Blick genommen. Wir fragten nach der Umsetzung der „Frühen Hilfen aus einer Hand“, nach der Berücksichtigung der besonderen Belange von Familien mit behinderten Kindern, nach der inklusiven Betreuung und Förderung im vorschulischen Bereich, nach der Weiterentwicklung familienentlastender Maßnahmen u. ä.

„Bildung ist Zukunft!“

Das Recht auf Bildung für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit und ohne Behinderung ist ein Menschenrecht und daher unantastbar. Wir fragten daher u. a., wie der gemeinsame Unterricht auch für schwer mehrfachbehinderte Kinder umgesetzt werden soll, wie das Elternrecht gestärkt und welche Rolle die Sonderschule künftig in der Bildungsangebotslandschaft einnehmen wird.

„Wir gehören dazu!“

Arbeit & Beschäftigung, Eingliederungshilfe, Gesundheit, Pflege, Wohnen

Menschen mit Behinderung entscheiden selbst, wo und wie sie leben wollen. Wir fragten nach, wie auch Menschen mit schweren Behinderungen und hohem Assistenzbedarf diesen Wunsch umsetzen können, wie Landesheimgesetz und Pflegeversicherung im Sinne der Menschen mit Behinderung weiterentwickelt werden sollen, wie die gesundheitliche Versorgung sichergestellt wird und wie Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben teilhaben können.

Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe

Wir fragten nach, welche Anreize die Parteien schaffen wollen, um genügend Freiwillige zu gewinnen, Menschen mit Behinderung eine Zeitlang verlässlich zu begleiten. Wir wollten ebenfalls wissen, wie Menschen mit Behinderung gefördert werden sollen, um sich selbst bürgerschaftlich zu engagieren. Interessiert hat uns auch die Zukunft der verbandlichen Selbsthilfeförderung.

„... aber bitte barrierefrei!“

Eine umfassende Barrierefreiheit ist für körperbehinderte Menschen unabdingbar, um am Leben in der Gemeinschaft teilhaben zu können. Wir fragten daher nach dem Ausbau des barrierefreien Wohnraumangebotes sowie des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Interessiert hat uns ebenfalls die Barrierefreiheit im Tourismus.

... und ganz zum Schluss ein paar parteipolitische Fragen ...

Wir wollten wissen, welche der von uns angesprochenen Themen Teil des von der Partei beschlossenen Wahlprogramms sind. Interessiert hat uns auch, ob das Wahlprogramm barrierefrei zugänglich ist und wie Menschen mit Behinderung sich an der politischen Arbeit in den Parteien beteiligen können.

Die Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine unseres Landesverbandes sind für uns der Maßstab, an dem sich die Landespolitik in den kommenden fünf Jahren messen lassen muss. Nachzulesen sind die Antworten auf die insgesamt 41 Fragen in der Dokumentation „Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2011“, die als download unter www.lv-koerperbehinderte-bw.de bereit steht.

Rot-Grün:

Der Wechsel beginnt...

Der Koalitionsvertrag zwischen Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der SPD Baden-Württemberg für die Jahre 2011 bis 2016 enthält etliche Aussagen zur Politik für und mit Menschen mit Behinderung. Wir haben den Koalitionsvertrag auf diese Aussagen untersucht und die entsprechenden Abschnitte (jeweils mit Quellenangabe) zusammengestellt.

Von einer inklusiven Gesellschaft profitieren alle Bürgerinnen und Bürger. Bis Menschen mit Behinderungen voll, wirksam und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben können, gibt es noch viele Steine aus dem Weg zu räumen. Die Erwartungen an die neue Landesregierung sind groß. Im Einzelnen:

1. Alle inklusive!

- Das Recht auf Teilhabe ist unteilbar!

Das Recht auf Teilhabe ist sowohl unabhängig von der Art und Schwere der Behinderung als auch vom Wohnort und der Kassenlage. Inklusion ist eine gesellschaftliche Aufgabe für uns alle.

2. Alle inklusive!

- Bildung ist Zukunft!

Für Eltern und Kinder mit Behinderungen war es ein langer und beschwerlicher Weg von der „Bildungsunfähigkeit“ bis zum „Recht auf Bildung“. Das Recht auf Bildung für alle Kinder mit und ohne Behinderung beginnt in der vorschulischen Erziehung und Bildung, nicht erst in der Schule!

3. Alle inklusive!

- Wir gehören dazu!

In unserer Gesellschaft muss das Bewusstsein geschärft werden für die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Einzelnen. Menschen mit schweren Behinderungen haben etwas zu bieten. Sie wollen teilhaben an Arbeit und Beschäftigung, am Leben mitten in der Gemeinde sowie am unbehinderten Zugang zum Gesundheitssystem.

4. Alle inklusive!

- ... aber bitte barrierefrei!

Eine umfassende Barrierefreiheit ist die Basis für die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Die Herstellung von Barrierefreiheit ist eine ressortübergreifende Aufgabe und geht alle an. Wir brauchen mehr barrierefreien Wohnraum, barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr – aber auch barrierefreie Zugänge zu Freizeitangeboten und Medien.

5. Alle inklusive!

- Nichts über uns ohne uns!
Menschen mit Behinderungen entscheiden selbst mit, wo und wie sie leben wollen. Als „Experten in eigener Sache“ wollen sie frühzeitig bei Planungen einbezogen werden.

Unmittelbar nach der Wahl hat der Vorstand unseres Landesverbandes allen 138 Landtagsabgeordneten zur Wahl in den Landtag gratuliert und dabei die Chance genutzt, die Arbeit unseres Landesverbandes vorzustellen. Insgesamt haben 27 Abgeordnete (= 19 %) auf unser Schreiben reagiert.

Artikel 9 VN-BRK: Zugänglichkeit

Barrierefrei - na klar!

Die durchgängige Barrierefreiheit ist unabdingbare Voraussetzung für die Teilhabe mobilitätseingeschränkter Menschen am Leben in der Gesellschaft. Deshalb engagiert sich unser Landesverband seit vielen Jahren für ein „Leben ohne Barrieren“.

Bündnis Barrierefreies Stuttgart 21

Unter der Federführung des Dachverbandes Integratives Planen und Bauen e.V. (DIPB) haben sich zahlreiche Selbsthilfeverbände behinderter Menschen zusammengeschlossen. Das Bündnis setzt sich dafür ein, „dass eine barrierefreie Nutzung des Hauptbahnhofes Stuttgart während der Bauphase gegeben ist und ein barrierefreies Stuttgart 21 entsteht“. Unser Landesverband arbeitet von Anfang an in dem 2010 gegründeten Bündnis mit. Sämtliche Informationen sind unter www.dipb.org im Internet abrufbar.

Beteiligungen an Planungen

Seit 1. Januar 2011 hat das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) das Bundesgesetz abgelöst. § 3 Ziffer 1 d LGVFG schreibt sowohl die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen und mit Mobilitätseinschränkungen verbindlich vor als auch die Pflicht zur Anhörung.

Im Berichtsjahr war der Landesverband an folgenden Projekten beteiligt:

- Neubau eines Radweges zwischen Öhringen-Cappel und Pfedelbach-Oberohrn zur Anbindung des Steinbacher Tals (Pfedelbach, Hohenlohekreis)

- Planfeststellungsverfahren nach §§ 18 – 18 e Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für den Streckenneubau der Stadtbahn Heilbronn Nord von der Stadtgrenze Heilbronn bis zum Bahnhof Neckarsulm (Heilbronn)
- Aufstellung des Bebauungsplanentwurfes „Neubau einer Straßenunterführung und Straßenverbindung zwischen den Kreuzungen Ulmer Straße / Walkstraße und Alte Heidenheimer Straße / Hegelstraße“, Plan Nr. 07-02/1 vom 11.05.2011 in Aalen-Kernstadt und der Satzung über örtliche Bauvorschriften für das Plangebiet, Plan Nr. 07-02/1 (Aalen, Ostalbkreis)
- Eisenbahnrechtliches Verfahren nach §§ 18 – 18 e Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für den Ausbau der Strohgäubahn von Bahn-km 7,558 bis Bahn-km 8,137 im Bereich des Bahnhofes Schwieberdingen (Landkreis Ludwigsburg)

Barrierefreie Planung gewinnt – vor allem durch den demografischen Wandel – zunehmend an Bedeutung. Bauherren und Planungsbüros fragen immer öfter bei unserem Landesverband nach, um möglichst alltagstaugliche Lösungen zu finden. Im Berichtsjahr war unser Landesverband beispielsweise in die Planung eines Klinikneubaus („Gesundbrunnen“) in Heilbronn sowie des IHK-Neubaus Stuttgart einbezogen. Ferner ist unser Landesverband ständig an den Planungen des Deutschen Jugendherbergwerkes Landesverband Baden-Württemberg beteiligt. Die frühzeitige Beteiligung als „Experten in eigener Sache“ hat sich sehr bewährt. Wir werden diesen Weg kontinuierlich weiter gehen.

Wandern mit dem Rollstuhl



Wandern ist ein Freizeitvergnügen, das bei allen Bevölkerungsgruppen „in“ ist. Auch wer gehbehindert ist, auf Rollator oder Rollstuhl angewiesen ist, darf nicht vom „Abenteuer Natur“ ausgeschlossen sein. Steinige oder morastige Wege oder schmale Pfade sind für mobilitätseingeschränkte Menschen unüberwindbare Hürden. Schon allein durch die stetig steigende Zahl der älteren Menschen nimmt die Nachfrage nach kurzen und längeren Wandertipps für Rollstuhlfahrer zu.

Die Daimler AG suchte von Anfang Februar bis Ende März 2011 im Rahmen der Initiative „Wir bewegen was! – 125 Mitarbeiterprojekte der Nachhaltigkeit“ das ehrenamtliche Engagement seiner Mitarbeiter. Insgesamt stellte das Unternehmen im Jubiläumsjahr „125 Jahre Erfinder des Automobils“ 625.000 Euro für Projekte zur Verfügung, maximal 5.000 Euro je Projekt. Monika Biehringer arbeitet im Werk Untertürkheim und engagiert sich seit Jahren ehrenamtlich für unseren Landesverband. Sie hat sich mit dem Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ im Rahmen der Daimler-Mitarbeiteraktion beworben. Das Projekt fördert die Nachhaltigkeit und die Gesundheit. Es ermutigt, sich im Freien zu bewegen und teilzuhaben am Leben in der Gemeinschaft. Ziel des Projekts ist es, neue und alte Wandertipps für Roll-

stuhlfahrer auf einer neu zu schaffenden Internetplattform zu veröffentlichen und so interessierten Wanderfreunden mit Behinderung zugänglich zu machen. Damit sich die Wanderfreunde über ihre Erfahrungen austauschen können, sollte zusätzlich auf facebook ein eigenes Profil erstellt werden. Zugleich sollen die Wanderfreunde ermutigt werden, eigene Tourentipps einzureichen.

Das Projekt „Wandern mit dem Rollstuhl“ wurde aus 1.025 eingereichten Mitarbeitervorschlägen als förderfähiges Projekt ausgewählt. Als Patin hat Monika Biehringer die Umsetzung des Projektes aktiv begleitet. Der Landesverband hat zudem die Chance erhalten, das Projekt auf einer Showbühne beim gemeinsamen Mitarbeiterfest der Konzernzentrale und des Werkes Untertürkheim vorzustellen. Rund 90.000 Menschen (Mitarbeiter der Daimler AG und ihre Familien) haben bei der Jubiläumsnacht mitgefeiert.

Kurz vor Weihnachten 2011 wurde die neu geschaffene Internetseite www.rollstuhlwandern-in-bw.de sowie das Profil auf facebook (www.facebook.com/rolliwandern) fertig gestellt. Problemlos können weitere Tourentipps hinzugefügt und Korrekturen an bestehenden Touren vorgenommen werden. Das Projekt ist bislang einmalig – und die Resonanz darauf sehr positiv.

Um den Bekanntheitsgrad des Projekts „Wandern mit dem Rollstuhl in Baden-Württemberg“ zu erhöhen, wurden Postkarten gedruckt, die einladen, eigene Tourentipps einzureichen.

Artikel 20 VN-BRK

Mobilität

Mobilitätsmanagement

Mobilitätsmanagement bezeichnet alle Maßnahmen, die für eine Ortsveränderung von Personen maßgeblich sind. Ein Ziel ist es dabei, durch Nutzung des jeweils geeignetsten Verkehrsträgers eine umweltgerechte und damit nachhaltige Ausübung der Mobilität zu erreichen. Oftmals sind dem Verkehrsteilnehmer aber Alternativen zu seinem gewohnten Verhalten nicht bewusst. Das Mobilitätsmanagement erstreckt sich je nach Ausrichtung auf die Mobilitätsanforderungen aller Menschen oder auch nur einzelner Bevölkerungsgruppen (z.B. Betriebsangehörige, Schüler, Senioren, Menschen mit Behinderung).

Im Berichtsjahr fand im Februar ein Treffen der Projektgruppe im Umwelt- und Verkehrsministerium Baden-Württemberg statt. Dabei wurde ein konkreter Projektauftrag für den Aufbau eines Netzes zur Mobilitätsberatung (z.B. lokale Mobilitätszentralen) skizziert. Unser Landesverband – vertreten durch die Geschäftsführerin – setzte sich dabei für barrierefreie Strukturen ein. Ob das Projekt tatsächlich gestartet ist, ist nicht bekannt.

Liberalisierung des Fernbusverkehrs

Deutschland muss die sog. „Fernbus-Richtlinie“ der Europäischen Union umsetzen. Dies bedeutet, dass künftig Busse auch innerdeutsch im Linienverkehr Orte miteinander verbinden können. Die Fernbuslinien stehen im Wettbewerb mit dem Bahnverkehr. Unisono fordern die Selbsthilfeverbände behinderter Menschen, dass bei der

Änderung des Personenbeförderungsgesetzes Regelungen zur Barrierefreiheit der Fernbusse verankert werden. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht dies nicht vor. Das federführende Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung will zunächst das ordnungspolitische Neuland Buslinienfernverkehr zulassen – und sich zu einem späteren Zeitpunkt dem Thema Barrierefreiheit widmen. Dies ist aus der Sicht unseres Landesverbandes und anderer Verbände völlig unbefriedigend. Deshalb fordern die Verbände die Berücksichtigung der Barrierefreiheit von Anfang an – also bereits mit der Einführung des neuen Busangebots. Parallel zum Gesetzgebungsverfahren wurde bereits eine Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht. Im August 2011 bat unser Landesverband den baden-württembergischen Verkehrsminister um Unterstützung. Der Minister zeigte sich in seiner Antwort zuversichtlich, dass im weiteren Verfahren den Belangen behinderter Menschen Rechnung getragen wird. Das Gesetzgebungsverfahren, an dem sowohl Bundestag als auch Bundesrat beteiligt sind, ist noch nicht abgeschlossen.

Öffentliche Petition: Barrierefreier Zugang zum Bahnsteig gefordert

Dürfen Bahnunternehmen bei Modernisierungsarbeiten an den Bahnanlagen an kleinen Bahnhöfen bestehende barrierefreie Zugänge zu Bahnsteigen beseitigen? Müssen Rollstuhlfahrer und andere in ihrer Mobilität eingeschränkte Reisende eine solche Verschlechterung hinnehmen? Nachdem die Verbandsklage um das Beibehalten eines barrierefreien Zugangs zum Bahnsteig in Oberkochen (Ostalbkreis)

sowohl vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (2005) als auch vor dem Bundesverwaltungsgericht (2006) gescheitert ist, hat der Landesverband im März 2007 beim Deutschen Bundestag eine öffentliche Petition (Nr. 398) eingereicht, die innerhalb von sechs Wochen von 5.538 Menschen mitgezeichnet wurde.

Über vier Jahre befand sich unsere Petition in der parlamentarischen Prüfung. Im September 2011 hat der Deutsche Bundestag die Petition beraten und abgeschlossen. Die Petition wurde abgelehnt. Die Begründung: Eine Ausweitung der gesetzlichen Vorgaben für die Herstellung barrierefreier Zugänge zu Bahnsteigen würde sich nachteilig auf die Wirtschaftlichkeit auswirken. Es müsste damit gerechnet werden, dass wünschenswerte Verbesserungsmaßnahmen insgesamt unterblieben. Die Verpflichtung der Bahnunternehmen, Programme zur Herstellung der Barrierefreiheit zu erstellen, reiche aus. Immerhin bescheinigte der Petitionsausschuss dem Landesverband, „dass die Beseitigung der Benachteiligung von behinderten Menschen ein sehr wichtiges Anliegen darstelle.“ Nachzulesen ist die Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses bzw. dessen Begründung (BT-Drucksache 17/6941).



„Ausgeträumt“

Das Ergebnis ist aus unserer Sicht unbefriedigend, zumal 2002 die Herstellung der Barrierefreiheit als „Kernstück“ des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes galt. Deshalb hat der Landesverband nach der Ablehnung der Petition nochmals beim Petitionsausschuss nachgefragt, weshalb die Anforderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nicht in die Beratungen einbezogen wurden. Im Januar 2012 kam die abschließende Antwort des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Darin heißt es: „Im Rahmen des Ratifikationsverfahrens der UN-Konvention wurde von Bund und Ländern festgestellt, dass das deutsche Recht im Einklang mit der Konvention steht und aus diesem Grunde Gesetzesänderungen nicht erforderlich sind.“ Die Bundesregierung wolle aber im Jahr 2013 die Regelungen des Behindertengleichstellungsgesetzes überprüfen. Im Moment ist jedoch der Traum vom barrierefreien Zugang zu Bahnsteigen ausgeträumt.

Kleine Randnotiz: im Genehmigungsverfahren zur Modernisierung des Bahnhofs Oberkochen (2005) wurde auf die Nutzung des 8 km entfernten Bahnhofs Aalen verwiesen, der „in Kürze“ barrierefrei gestaltet werden soll. 2010 wurde aufgrund der gestiegenen Reisendenzahlen ein Aufzug am Bahnhof Oberkochen eingebaut. In Aalen sollen die Bahnsteige ab Frühjahr 2012 barrierefrei zugänglich sein.



Artikel 19, 22, 23 VN-BRK

Unabhängige Lebensführung, Familie, Privatsphäre, Wohnen

Hinter dem Horizont geht's weiter -
was kommt nach den Eltern?

Mit dem Projekt betreten wir Neuland. Es wird gefördert von der Baden-Württemberg Stiftung im Programm „Förderung der Selbständigkeit von älteren Menschen mit Behinderung“. Die wissenschaftliche Begleitforschung übernimmt Prof. Dr. Helmut Mair (Westfälische Wilhelms-Universität Münster).

Im März 2011 traf sich die Projektsteuerungsgruppe in Stuttgart, an der acht Vertreter von regionalen Mitgliedsorganisationen teilgenommen haben. Daraus entstand in Stuttgart in Kooperation mit dem Körperbehinderten-Verein Stuttgart eine Projektgruppe. Beim ersten Projekttreffen im Mai 2011 zeigte sich, wie sehr Menschen mit schweren Behinderungen und hohem Assistenzbedarf auf den Projektstart gewartet haben. „Älter werden und wie geht es für mich persönlich nach dem Tod der Eltern weiter“ beschäftigt die einzelnen Menschen stark. Das Themenfeld „Abschied nehmen, Trauern, Tod“ wurde deshalb auf Platz 1 der zu bearbeitenden Themenfelder gesetzt. Insgesamt fanden sechs Projekttreffen statt. Themen waren dabei u. a. „Hospizarbeit kennen lernen, Umgang mit dem eigenen Tod, Abschied nehmen / Sterben – Führung im Hospiz Stuttgart, Trauerarbeit“. Dabei reifte bei einzelnen Teilnehmern mit Behinderung die Idee, sich zu ehrenamtlichen Trauerbegleitern zu qualifizieren. Weitere Seminare sind in 2012 geplant.

Artikel 24 VN-BRK Bildung

Bildung für alle - von Anfang an!

Bildung ist Zukunft!

- Schule neu denken im Lichte der UN-Konvention

Die Frage, wie der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung erfolgreich umgesetzt werden kann, beschäftigt den Landesverband seit Jahren. Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes hat am 20. November 2010 Eckpunkte und Forderungen auf dem Weg zu inklusiven Schulen beschlossen. Das Positionspapier wurde Anfang Februar 2011 an die Schulverwaltung (Ministerium, Regierungspräsidien, Staatliche Schulämter, staatliche Akademien für Lehrerbildung, staatliche Seminare für Didaktik und Lehrerbildung), an die Stadt- und Landkreise, an die Landtagsfraktionen, an die Pädagogischen Hochschulen, an die Beratungsgremien des Kultusministeriums (Landeselternbeirat, Landesschülerbeirat, Landesschulbeirat) sowie die zahlreichen Lehrerorganisationen versandt.

Die Landtagsfraktionen erklärten in ihren Antworten, viele der genannten Positionen zu unterstützen. Die Stadt- und Landkreise Baden-Baden und Karlsruhe teilten mit, dass die Positionen des Landesverbandes in die regionalen Arbeitsgruppen „Inklusion“ einfließen werden. Ähnlich äußerten sich auch die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald, Göppingen, Ludwigsburg und Reutlingen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sagte zu, die Forderungen und Eckpunkte in vollem Umfang zu unterstützen.

Die Debatte um die Umsetzung der Inklusion in der Schule ist nach dem

Regierungswechsel neu belebt worden. Sie wird über das Berichtsjahr hinaus fortgeführt werden.

Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung in der Modellregion Stuttgart

Zur Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung wurde in der Modellregion Stuttgart ein Projektbeirat eingerichtet. Unser Landesverband wurde zur Mitarbeit eingeladen. Ziel ist es, in der Erprobungsphase des gemeinsamen Unterrichts in Stuttgart Erfahrungen zu sammeln und in Handlungsempfehlungen zu übertragen.

Gemeinschaftsschule:

Eine neue Schulform entsteht

„Zentral ist für die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen die neue Schulform Gemeinschaftsschule. Mit ihr sollen die Weichen gestellt werden für ein längeres gemeinsames Lernen mit besseren Bedingungen für alle Kinder und Jugendlichen. Der neue Schultyp soll die Abschlüsse von Haupt-, Realschule und Gymnasium umfassen. Sie soll als weiterführende Schule die Klassen 5 bis 10 umfassen. Behinderte Kinder gehören grundsätzlich ebenso zur Gemeinschaftsschule wie sonderpädagogische Lehrkräfte. Die Schulen werden verpflichtet sein, in ihrem Schulkonzept Angebote zur inklusiven Beschulung von behinderten Kindern zu machen.“ So beschreibt das Kultusministerium in seiner Pressemitteilung vom 19. September 2011 die neue Schulform. Die ersten Gemeinschaftsschulen sollen zum Schuljahr 2012 / 2013 starten.

Intensiv verfolgt der Landesverband die Debatte um das bildungspolitische Reformprojekt Gemeinschaftsschule. Die veröffentlichten Eckpunkte haben viele Mitgliedsfamilien verunsichert. So ist beispielsweise unklar, ob die Schulgebäude barrierefrei und somit auch für körperbehinderte Kinder zugänglich und nutzbar sind. Weitere offene Punkte sind zudem die Klassengröße sowie Details zum zieldifferenten Unterricht. Der Landesverband hat daher mehrfach den Dialog mit dem Kultusministerium gesucht, um Antworten auf diese Fragen zu erhalten. Bislang sind noch immer viele Fragen offen. Die Ministerin hat angekündigt, die Behindertenselbsthilfeverbände im Frühjahr 2012 zu einem Fachgespräch einzuladen.

Zukunft der Schulkindergärten

Im Sommer 2011 verunsicherte Kultusministerin Warminski-Leitheußer mit Äußerungen zur möglichen Abschaffung der Schulkindergärten viele Familien mit schwer behinderten Kindern. Eine Klarstellung erfolgte in der schriftlichen Antwort auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Georg Wacker (LT-Drucksache 15/257-8). Darin heißt es: „Frau Ministerin kündigt an, dass es keine Kindergärten mehr geben soll, die ausschließlich von Kindern mit Behinderung besucht werden. Auch an Schulkindergärten soll Inklusion gelebt werden. Unabhängig des Kindergartentypus haben alle Kinder mit sonderpädagogischem Bedarf den Anspruch auf eine qualifizierte sonderpädagogische Förderung. An die Abschaffung bestimmter Kindergartenstrukturen oder Kindergartenstandorte ist nicht gedacht.“ Unser Landesverband wird die weitere Entwicklung aufmerksam verfolgen und begleiten.

Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit Behinderung in Baden-Württemberg

Im März 2011 hat das Kultusministerium eine themenbezogene Arbeitsgruppe „Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit Behinderung“ eingerichtet. Ziel der Arbeitsgruppe soll sein, Vorschläge zu entwickeln, die Teilhabe und Gleichstellung von Familien mit einem behinderten Kind im vorschulischen Bereich zu verbessern. Die Arbeitsgruppe setzt sich zusammen aus Vertretern der Ministerien, der Schulverwaltung, der Überregionalen Arbeitsstelle Frühförderung, der Kommunalen Landesverbänden und des Landesjugendamtes, der Wissenschaft, des Landesschulbeirats sowie den Fachverbänden und Selbsthilfeorganisationen der Behindertenhilfe. Beteiligt sind Vertreter des Landesverbandes Lebenshilfe und des Landesverbandes für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung.

Nach dem Regierungswechsel hat die neue Landesregierung die eingesetzte Arbeitsgruppe aufgefordert, ihre Arbeit fortzusetzen. Kurz vor Weihnachten tagte die Arbeitsgruppe im Beisein von Staatssekretär Dr. Frank Mentrup. Er bat die Mitglieder, in einem ersten Schritt die Situation der Kleinkindbetreuung (U-3-Betreuung) näher zu betrachten und Handlungsempfehlungen für die Leitung des Kultusministeriums zu entwickeln.

Artikel 26 VN-BRK

Gesundheit

Patientenbeteiligung nach

§ 140 f SGB V

Auf der Grundlage der §§ 140 f und g SGB V wurde am 19. Dezember 2003 die Rechtsverordnung zur Beteiligung von Patientinnen und Patienten in der Gesetzlichen Krankenversicherung vom Bundesrat verabschiedet. Darin werden Kriterien für die zur Vertretung von Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen legitimierten Organisationen definiert und eine Liste dieser maßgeblichen Organisationen (u. a. alle im Deutschen Behindertenrat vertretenen Organisationen) benannt. Diese Organisationen haben den Auftrag erhalten, sachkundige Personen zur Wahrnehmung der in § 140 f SGB V genannten Mitberatungsrechte einvernehmlich zu benennen. Der Benennung liegen Kriterien zugrunde wie Unabhängigkeit und Transparenz der entsendenden Organisation und der sachkundigen Personen. Durch Beschluss des Vorstandes am 22. September 2004 erklärt der Landesverband, die „Leitsätze der BAG H für die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen im Gesundheitswesen insbesondere mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie“ zu übernehmen.

Die Patientenbeteiligung in Form der Mitberatung ist gesetzlich verankert bei sog. Ermächtigungsanträgen (Krankenhausärzte, Einrichtungen) und Sonderbedarfsfragen (Spezialisten, Schwerpunktpraxen). Der Bedarf muss vorab festgestellt sein.

Vorstandsmitglied Armin Bönisch nimmt als sachkundige Person für unseren Landesverband die Aufgaben der Patientenvertretung im Bereich der

Kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg wahr.

Zahngesundheit

Die Tagung „Ein Koffer voller Zahnbürsten ...“ war für den Landesverband der Einstieg in das wichtige Thema „Zahngesundheit bei Menschen mit Behinderung“. Der Landesverband wird sich verstärkt für die Mund- und Zahngesundheit einsetzen.

Krankenhausaufenthalt

Kliniken sind nur selten auf die Aufnahme erwachsener Menschen mit schweren Behinderungen vorbereitet. Dies hat eine – nicht repräsentative – Umfrage bei Eltern und Wohnheimen gezeigt. Defizite bestehen zum Teil in den baulichen bzw. organisatorischen Rahmenbedingungen (z.B. fehlende Barrierefreiheit der Patientenzimmer / WC, fehlende Lifter) sowie den personellen Rahmenbedingungen (z.B. fehlende Assistenz). Der Landesverband hat daher in der Dezemberausgabe seines Infomagazins „rolli-aktiv“ um Rückmeldungen aus der Praxis gebeten. In Zusammenarbeit mit dem Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen, der Landesärztin für Menschen mit Behinderung beim Landesgesundheitsamt sowie der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft wird unser Landesverband das Thema bearbeiten. Gemeinsam sollen Lösungen für den Alltag entwickelt werden.

Pflege

Das Gemeinsame Rundschreiben des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Verbände der Pflegekassen auf Bundesebene zu den leistungsrechtlichen Vorschriften der Pflegeversicherung wurde zum 13. April 2011 geändert. Die Änderung betrifft Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen, die in einer Wohneinrichtung der Behindertenhilfe leben und an Wochenenden bzw. in den Ferien zuhause gepflegt werden. Die Eltern – vor allem die pflegenden Mütter – hatten für die Zeit der häuslichen Pflege Anspruch auf Pflegegeld der jeweiligen Pflegestufe abgerechnet. Seit April 2011 wird nun der auf die Pflegekassen entfallende Anteil an den Kosten der Wohnheimunterbringung (i.d.R. 256 Euro / Monat) auf den Pflegeanspruch zu Hause angerechnet. Dies führt bei den Betroffenen zu Kürzungen. Unser Bundes- und Landesverband hat für die Familien Argumentationshilfen erarbeitet. Außerdem werden im Dialog mit dem zuständigen Bundesgesundheitsministerium und dem Bundesversicherungsamt Lösungen gesucht, die Kürzungen abzuwehren. Eine Lösung ist für das Jahr 2012 angekündigt.

V. Außenvertretungen, Gremien, Mitgliedschaften



Der Landesverband arbeitet in einer Reihe von Gremien mit, um die Anliegen von körper- und mehrfachbehinderten Menschen zu vertreten:

Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V.

- Bundesvorstand (unser Landesvorsitzender Hans Ulrich Karg ist seit Herbst 2002 Mitglied des Bundesvorstandes).
- Bundesausschuss („Länderkammer“)

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Baden-Württemberg e.V.

- Fachgruppe Behindertenhilfe (die Geschäftsführerin ist gewählte Fachgruppenvorsitzende)
- Kernteam 3 „Menschen mit Behinderung“
- Beirat (als gewählte Fachgruppenvorsitzende Behindertenhilfe ist unsere Geschäftsführerin zugleich Beiratsmitglied im Paritätischen)

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe Baden-Württemberg (LAG S)

- Koordinationstreffen Patientenvertreter nach § 140 f SGB V.

Landesarbeitsgemeinschaft Pflegestützpunkte Baden-Württemberg

Die Satzung sieht vor, dass die Verbände der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen der LAG Pflegestützpunkte beitreten können. Unser Landesverband ist seit 2010 Mitglied in der LAG Pflegestützpunkte Baden-Württemberg. Die Mitgliedschaft beinhaltet ein Anhörungsrecht, aber kein Stimmrecht. Ein Mitgliedsbeitrag wird

nicht erhoben. Unser Landesverband wird durch die Geschäftsführerin vertreten.

Widerspruchsausschuss gem. § 119 SGB IX beim Integrationsamt des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Auf Vorschlag des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg ist unsere Geschäftsführerin stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied. In der Hauptsache geht es im Widerspruchsausschuss um Kündigungsverfahren, bei denen schwer behinderte Arbeitnehmer betroffen sind.

Landespflegeausschuss

Baden-Württemberg

Für die Amtsperiode 2009 bis 2012 ist unsere Geschäftsführerin auf Vorschlag unseres Vorstandes und des Landesverbandes Lebenshilfe erneut Mitglied für die Verbände der von Pflegebedürftigkeit Betroffenen im Landespflegeausschuss. Auf Vorschlag der Betroffenenverbände wurde die Geschäftsführerin vom Landespflegeausschuss zur Beisitzerin gewählt (Hauptaufgabe ist, die jeweilige Tagesordnung im Vorfeld abzustimmen). Es findet eine enge inhaltliche Abstimmung zwischen den Betroffenenverbänden (insbesondere Sozialverband VdK, LAG Selbsthilfe, LV Lebenshilfe, Landessenorenrat) statt.

Im Berichtsjahr befasste sich der Landespflegeausschuss in seinen beiden Sitzungen u. a. mit folgenden Themen: Landesheimgesetz einschl. dem weiteren Vorgehen zur Erarbeitung von Ausführungsverordnungen, Reform der Pflegeversicherung und deren Auswirkung auf Baden-Württemberg, Verfah-

rensstand Pflegestützpunkte, ärztliche Versorgung im Pflegeheim, häusliche Krankenpflege, Info- und Werbekampagne „Attraktivität der Pflegeberufe“, Pflegeheimförderung, Regularien.

Teilhabeausschuss

Baden-Württemberg

Die Teilhabe schwer behinderter Menschen mit einem besonderen Unterstützungsbedarf braucht ein tragfähiges Netzwerk unterschiedlicher Partner. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg ergriff daher die Initiative und gründete ein landesweites Netzwerk, den Teilhabeausschuss Baden-Württemberg. Dort arbeiten u. a. Vertreter der Agentur für Arbeit, des Kultusministeriums, der kommunalen Spitzenverbände, der Freien Wohlfahrtspflege sowie der Behindertenselbsthilfeorganisationen mit. Unser Landesverband wird durch die Geschäftsführerin vertreten.

Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirk Nordwürttemberg: Patientenvertretung im Zulassungsausschuss Ärzte

Seit 2005 nimmt Armin Bönisch (Schrozberg) für unseren Landesverband als sachkundige Person die Mitberatungsrechte nach § 140 f SGB V bei der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Bezirk Nordwürttemberg – Zulassungsausschuss Ärzte wahr.

Die Koordinierung der Patientenbeteiligung auf Landesebene übernimmt die LAG Selbsthilfe.

Landesbehindertenbeirat Baden-Württemberg

Unter der Leitung des Beauftragten der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen arbeiten die Mitglieder des Landesbehindertenbeirates an einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg. „Tage der Menschen mit Behinderungen“ sowie die Zwischenbilanz zum Landesbehindertengleichstellungsgesetz. Die Geschäftsführerin Unseres Landesverbandes ist Mitglied im Landesbehindertenbeirat.

Südwestrundfunk (SWR):

Rundfunkrat

Für die Amtsperiode 2008 bis 2013 vertritt unsere Geschäftsführerin die baden-württembergischen Behindertenorganisationen im Rundfunkrat bzw. Landesrundfunkrat Baden-Württemberg des Südwestrundfunks (SWR). Sie arbeitet im Fernsehausschuss sowie im Ausschuss Recht und Technik mit. Sie vertritt zudem als stellvertretendes Mitglied den SWR im ARD-Programmbeirat. Im Dezember 2011 wurde sie für die restliche Amtszeit zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses Recht und Technik gewählt.

Neben den allgemeinen Aufgaben (wie Programmbeobachtung, Verabschiedung Haushaltsplan und der Entgegennahme des Rechnungsabschlusses) engagiert sich Jutta Pagel-Steidl für eine umfassende Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, insbesondere beim SWR. Auf ihre Initiative hin befasste sich der Ausschuss Recht und Technik mit der Audiodeskription und lud dazu Vertreter der Deutschen Hörfilm Gesellschaft und des Deut-

schen Blinden- und Sehbehindertenverbandes ein. Da mit der Einführung eines Rundfunkbeitrages zum 1. Januar 2013 eine Gebührenbefreiung nur noch aus finanziellen Gründen (z.B. Empfänger von Grundsicherung) erfolgt, ist der barrierefreie Zugang zum Programm zwingend erforderlich.

In einem Rundbrief „Neues aus dem SWR-Rundfunkrat“ informierte Jutta Pagel-Steidl die Behindertenorganisationen ausführlich über ihre Arbeit.

Mitgliedschaften bestehen ferner bei:

- Verein zur Förderung der Krankengymnastikschule Stuttgart
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Frankfurt am Main
- Deutsches Jugendherbergswerk, Detmold.

Über die formalen Außenvertretungen und Mitgliedschaften hinweg pflegt der Landesverband den Dialog mit den unterschiedlichsten Organisationen und Institutionen auf der Landesebene, wie z.B. den Landtagsfraktionen, den Fachministerien (v. a. Ministerium für Arbeit und Soziales, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Innenministerium, Wirtschaftsministerium), den kommunalen Spitzenverbänden, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales, den gesetzlichen Krankenkassen Baden-Württemberg, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege u.ä.

Diese Kontakte sind unverzichtbar, um eine nachhaltige Verbesserung der Lebenschancen von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen zu erreichen. Gleichzeitig eröffnen die Kooperationen mit anderen Stellen eine hohe Aufgabenerfüllung bei optimalem Einsatz der vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen des Landesverbandes.

VI. Ausblick(e)

Im Berichtsjahr 2011 hat die intensive Arbeit an einem Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf Landesebene begonnen. Hier gilt – wie für die vielen anderen Politikfelder – auch der Grundsatz „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“. Von einer inklusiven Gesellschaft profitieren alle. Auch wenn der erste Schritt bereits getan ist, stehen wir noch immer erst am Anfang eines langen Weges. Deshalb werden wir in 2012 weiter an der Umsetzung des Leitzieles Inklusion arbeiten und setzen auf die Unterstützung vieler Wegbegleiter!

Stuttgart, im Juli 2012.



„Die Zukunft hat viele Namen:
Für die Schwachen ist sie das Un-
erreichbare. Für die Furchtsamen
ist sie das Unbekannte. Für die
Mutigen ist sie die Chance.“

Victor Hugo (1802 – 1885)

Terminübersicht 2011

Januar

11. Bündnis „Stuttgart 21 barrierefrei“, Stuttgart
14. Neujahrsempfang der Landesregierung, Stuttgart
15. ARD-Ratgeber „Recht“: Ausstrahlung des Beitrags „Barrierefreies Wohnen – was heißt das ganz genau?“
19. LV-Vorstandssitzung, Stuttgart
28. Sitzung des Landesbehindertenbeirates Baden-Württemberg, Herrenberg-Gültstein

Februar

02. Informationsgespräch „Zahngesundheit“ mit Herrn Dr. Elsässer, Stuttgart
07. AK Kindergarten, Stuttgart
10. Preisverleihung Paul-Lechler-Stiftung, Stuttgart
16. Verein Selbst bestimmt leben: Podiumsdiskussion „Inklusion = Utopie: Faktencheck für Baden-Württemberg vor der Landtagswahl 2011 mit den Kandidaten des Wahlkreises Ludwigsburg – Einführung ins Thema durch die LV-Geschäftsführerin, Ludwigsburg
17. Projektbeirat „Schulische Bildung von jungen Menschen mit Behinderung in der Schwerpunktregion Stuttgart“, Stuttgart
18. Jahresempfang 2011 der Reha Südwest zum Thema „Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit“, Karlsruhe
21. Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg: 2. Sitzung der Projektgruppe „Mobilitätsmanagement – Aufbau von Mobilitätsnetzwerken“, Stuttgart
26. LV-Vorstandsklausur, Stuttgart

März

01. LAG Elternbeiräte an K-Schulen, Stuttgart
03. Treffen mit dem Vorstand des Kreisvereins Leben mit Behinderung Göppingen, Süßen
04. DPWV-Kernteam „Behinderung“, Stuttgart
10. Projekt „Horizont“: landesweites Auftakttreffen mit den Vertretern der Mitgliedsorganisationen, Stuttgart

18. Stadtrundgang „Nagold barrierefrei?“ mit MdL Beate Fauser, Nagold
22. Aufzeichnung der Sendung ALPHA & OMEGA –Kirche im Gespräch: „Streit um Embryonenschutz – Die Präimplantationsdiagnostik (PID), Stuttgart
24. Körperbehindertenverein Ostwürttemberg: Mitgliederversammlung und Vortrag „Selbst bestimmt Leben - Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen“, Aalen
- 25./26. BVKM-Bundesausschuss, Würzburg
27. Landtagswahl in Baden-Württemberg
30. Mitgliederversammlung der LAG Pflegestützpunkte Baden-Württemberg, Stuttgart
31. AK Schule, Stuttgart

April

02. Fachtag ALS (Amyotrophe Lateralsklerose) der Deutschen Gesellschaft für Muskelkranke: Referate „Hilfsmittelversorgung: Rechtliche Grundlage & Antragstellung“ und „Ausländische Arbeitskräfte in Haushalt und Pflege: Rechtliche Grundlage & Antragstellung“, Neu-Ulm
05. Informationsgespräch mit Tina Syring, Common Purpose Stuttgart
06. LAG Selbsthilfe: Koordinierungstreffen Patientenvertretung, Stuttgart
08. Elternabend Martinus-Schule (Stiftung Lindenhof) – Vortrag: „Mein Kind ist behindert. – Diese Hilfen gibt es.“, Schwäbisch Gmünd
10. Erstausstrahlung der Sendung ALPHA & OMEGA –Kirche im Gespräch: „Streit um Embryonenschutz – Die Präimplantationsdiagnostik (PID)“
13. LVKM-Wohnstättenkonferenz, St. Gallus-Hilfe Meckenbeuren-Liebenau
15. Einweihung der Kerzenwerkstatt des Kreisvereins Leben mit Behinderung Göppingen, Süßen

Mai

09. AK Kindergarten, Stuttgart
10. Informationsgespräch LWV-Eingliederungshilfe, Markgröningen
10. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg: Vorbereitungsgespräch Betroffenenvertreter, Stuttgart
11. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg, Stuttgart

11. Veranstaltung Common Purpose „Der Zukunft begegnen: Inklusion - Gesellschaft auf Augenhöhe“, Stuttgart
11. LV-Vorstand, Stuttgart
12. Projekt „Horizont“: Treffen „Evaluierung“, mit Prof. Dr. Helmut Mair und Team, Stuttgart
17. DPWV-Fachgruppe „Behindertenhilfe“, Stuttgart
18. Projekt „Horizont“: Auftakt der Projektgruppe „KBV Stuttgart“, Stuttgart
20. Informationsgespräch LWV-Eingliederungshilfe, Reutlingen-Rappertshofen
21. Einweihung einer inklusiven Wohngruppe Lebensheimat / Reha Südwest, Donaueschingen
21. Projekt „Wunsch Kinder – die Technisierung der menschlichen Fortpflanzung“ Theater Freiburg : Podiumsdiskussion, Freiburg
26. 10-jähriges Jubiläum der leben + wohnen, Lörrach

Juni

01. Koordinierungstreffen „Persönliche Zukunftsplanung“, Karlsruhe
07. Projekt „Horizont“: Seminar „Hospizarbeit kennen lernen“ – Besuch eines Vortrags im Hospitalhof, Stuttgart
21. BVKM-Fachtagung „Sozialpolitik“, Frankfurt am Main
29. SWR 1 – Der Abend: Radiointerview „Inklusion“, SWR-Regionalbüro Villingen-Schwenningen
29. Elternstammtisch, Villingen-Schwenningen
30. Schullandheimaufenthalt Klasse Moser / Mildenerger (Konrad-Biesalski-Schule Wört) in Stuttgart: Gemeinsamer Besuch im SWR-Funkhaus, Stuttgart

Juli

01. Heimsonderschulkonferenz, Stuttgart
04. Barrierefreies Bauen – Neubau der IHK Stuttgart: Informationsgespräch mit Vertretern von „Wulf Architekten“, Stuttgart
05. Stiftung Körperbehindertenzentrum Oberschwaben: Festakt zur Namensgebung „Geschwister-Scholl-Schule“, Weingarten
09. LV-Tagung „Ein Koffer voller Zahnbürsten“, Stuttgart
11. Daimler-Projekttreffen „Wir bewegen was!“, Stuttgart

12. Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion, Stuttgart
14. Informationsgespräch mit Dr. Timm Kern MdL, bildungspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Stuttgart
15. DPWV-Mitgliederversammlung, Karlsruhe
16. „125 Jahre Daimler: Jubiläumsnacht im Werk Untertürkheim“, Stuttgart
18. Trauerfeier Dr. Ulrich Noll, Aichtal
18. Sommerempfang des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg, Stuttgart
22. LV-Vorstand, Bad Schussenried
27. Projekt „Horizont“: Seminarabend „Wenn die Eltern alt werden ...“, Stuttgart

August

Sommerpause

September

15. KVJS: Teilhabeausschuss, Stuttgart
16. Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Baden-Württemberg: „Tourismus für alle“ – Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen, Tübingen
20. Stadt Böblingen: Ortstermin „Parkplatzgestaltung“, Böblingen
21. Fachtagung „Schmerz und Schmerzbewältigung bei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen“ in Kooperation mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart-Hohenheim
27. Informationsgespräch mit den Abgeordneten Manfred Lucha, Joscha Frey, Thomas Poreski (AK „Sozialpolitik“ der GRÜNEN-Landtagsfraktion), Stuttgart
27. Projekt „Horizont“: Seminartreffen „Umgang mit dem eigenen Tod“, Stuttgart
28. Informationsgespräch mit Gerd Weimer, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Stuttgart
28. LAG Selbsthilfe: Treffen der Vertreter im Landesbehindertenbeirat Stuttgart

Oktober

04. Schulkindergartenkonferenz „Diagnose Stress im Schulkindergarten?“ – Raus aus dem Stress mit Kollegialer Beratung und durch die Übung der Achtsamkeit (MBSR): Stuttgart

- 04. AMSEL-Förderkreis Ursula Späth: Preisverleihung (für pflegende Angehörige, Medienpreis), Stuttgart
- 05. DPWV-Beiratssitzung, Stuttgart
- 06. Informationsgespräch „Vereinssponsoring“ mit Vertretern der Firma Metatop, Stuttgart
- 06. Projekt „Horizont“: Seminartag „Abschied nehmen / sterben“ – Besuch des stationären Hospizes, Stuttgart
- 08. Wiedereröffnung der Jugendherberge Bad Urach, Bad Urach
- 11. LAG Elternbeiräte an K-Schulen, Stuttgart
- 12. LV-Wohnstättenkonferenz, Schömberg
- 14. Lebenshilfe Pforzheim: Elternabend – Vortrag „Selbst bestimmt Leben mit Behinderung – Wohnen und Arbeiten“, Pforzheim
- 17. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg: Vorbereitungsgespräch Betroffenenvertreter, Stuttgart
- 19. Landespflegeausschuss Baden-Württemberg, Stuttgart
- 19. LV-Vorstandssitzung, Stuttgart
- 20.-26. Häuserinspektion, Roquetas de Mar
- 31. SWR: Informationsgespräch mit Betroffenenverbänden zur Umsetzung der BITV2.0, Stuttgart

November

- 09. Ehrenamtliche Kassenprüfung, Stuttgart
- 09. Körperbehindertenverein Reutlingen: Mitgliederversammlung, Reutlingen
- 11./12. BVKM-Bundesausschuss, Berlin
- 14. AK Kindergarten, Stuttgart
- 16. Baden-Württemberg Stiftung: 2. Projektträbertreffen „Ältere Menschen mit Behinderung“, Stuttgart
- 16. Projekt „Horizont“: Seminar „Trauerarbeit“, Stuttgart
- 19. LV-Mitgliederversammlung, Stuttgart
- 21. Fachgespräch: SGB VIII – ist die große Lösung auch die gute Lösung? Herausforderungen im sozialrechtlichen Umgang mit behinderten Kindern und Jugendlichen“ der FDP-Bundestagsfraktion, Berlin
- 23. DPWV: Fachgruppe „Behindertenhilfe“, Stuttgart
- 23. Erfahrungsaustausch mit dem Geschäftsführer des Landesverbandes Bayern, Stuttgart
- 24. Heimsonderschulkonferenz, Stuttgart
- 25. Landesbehindertenbeirat, Stuttgart
- 28. DPWV: Workshop „Anforderungen an das Landesheimgesetz“, Stuttgart

Dezember

- 22. Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: AG „Frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern mit Behinderung“, Stuttgart

